

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

76 (31.3.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restzeilen-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zahlungsjahres, bei gerichtlichem Bescheid nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zahlungsjahres, bei gerichtlicher Bestellung und bei Restkurs außer Kraft tritt. • Erläuterungen und Geschäftsbedingungen im Anhang. • Schluss der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern • Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk • Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark • Ohne Zustellung 2,20 Mark • Durch die Post 2,60 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 5mal wöchentlich • Sonntags 11 Uhr • Verlagsanstalt: 2850 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Verlagsleiter: J. J. B. Hauptstraße 9 • B.-Boden, Tagelöhnerstraße 17 • Redakteur: Rosenstraße 7 • Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 76

Karlsruhe, Dienstag, den 31. März 1931

51. Jahrgang

Um die Notverordnung

Die Notverordnung des Reichspräsidenten, die sich gegen die politischen Unruhen und gegen das in Deutschland vorhandene politische Streikverbot wendet, hat nicht nur bei den Deutschen und den Nazis, sondern auch bei anderen politischen Gruppen und selbst bei der bayerischen Regierung Aufregung hervorgerufen. Ganz überflüssigerweise glaubt die Reichsregierung eine Erklärung gegenüber den Sonntagbeschlüssen der Rechtsopposition veröffentlichen zu müssen. Wir halten eine solche Erklärung der Regierung für überflüssig wie einen Kropf; eine solche Erklärung ist nur geeignet, bei den Rechtsradikalen den Eindruck zu erwecken, als ob die Reichsregierung schon wieder Angst vor der eigenen Courage hat.

Aus der bayerischen Regierung heraus wird gleichfalls und in der gewohnten kleinlichen Weise versucht, der Reichsregierung gleichsam Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Die bayerische Regierung hätte den Inhalt der Notverordnung vorher nicht gekannt, sie sei von ihm ebenso überrascht worden wie alle anderen, sie habe schwere Bedenken, und was dergleichen bayerische Reversentschwägerinnen mehr sind. Man darf daher mit Recht gespannt sein, wie die bayerische Regierung durch ihre Organe die Notverordnung in der Praxis anwenden wird, zu der zwei Ausführungsbestimmungen als bald erlassen werden.

Der Reichsminister Dr. Wirth sprach gestern im Rundfunk über die Verordnung des Reichspräsidenten, von der er hoffe, daß sie in allen Kreisen des deutschen Volkes, die eine gesunde Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens wünschen, eine verständnisvolle Aufnahme gefunden habe. In diesen Kreisen habe es nie an nachdrücklichen Aufforderungen zu einem scharfen Eingreifen gegen den politi-

schen Terror und die Aufhebungen und Beschimpfungen des religiösen Lebens gefehlt. Maßnahmen in diesem Sinne hätten nicht mehr länger aufgeschoben werden können angesichts der zahlreichen, vielfach planmäßig vorbereiteten blutigen Kämpfe zwischen den Anhängern extremer politischer Bestrebungen. Die neue Verordnung kennzeichnete er als Selbstschutz des Staates gegen die nachweislichen Aufhebungen zu revolutionären Gewalttaten gegen die Ordnung des Staates.

Dr. Wirth kam dann auf die Agitationspraxis der radikalen Parteien zu sprechen. Er habe Maßnahmen gegen diese Verheerung angekündigt und diese Maßnahmen könnten daher jetzt keine Überraschung hervorrufen. Sie brähten die Gewähr, daß die Einrichtungen, Gebäude und Gegenstände der Religionsgesellschaften gegen Beschimpfungen, Rohheiten und Ausschreitungen besser geschützt würden, als es durch die nicht mehr ausreichenden Paragraphen des Strafgesetzes geschehe. Mit der Verordnung sei der freien Meinungsäußerung kein Hemmnis bereitet. Man könne Weltanschauungsgruppen, ihre Ideale und die Form ihres religiösen Lebens kritisieren, aber jede Verammlung werde verboten werden, von der festgestellt würde, daß dort Organe des Staates oder Formen und Ideale eine Religionsgesellschaft gröblich und höflich verächtlich gemacht würden.

Das Wert der Notverordnung sei vom Reichspräsidenten nach allen Seiten geprüft und in den Einzelheiten ganz wohl überdacht. Etwas ganz Unbegreifliches sei es, wenn man jetzt nicht sehe, daß es sich darum handle, in den Zeiten höchster wirtschaftlicher Not mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß dem öffentlichen Leben und dem Charakter der Auf-

Staatskanzler Renner zur Zollunion

(Ein Interview)

Staatskanzler a. D. Renner, der Mann, der mit Otto Bauer und den Führern der Christlich-Sozialen das neue Österreich geschaffen hat, ist in diesen Tagen in Berlin. Dr. Renner ist der Top des österreichischen Politikers. Wenn man mit ihm plaudert, explodiert, etwas bohmehaft durcheinandergeworfen, eine Idee nach der anderen und man denkt unwillkürlich an Aristide Briand, der auf seinem berühmten Ministerstuhl seinen Akt und seinen Fäustel erhebt oder unerledigt liegen läßt, sondern lebhaft eine Zigarettenschachtel — und die ist immer leer.

Dr. Renner spricht mit ungeheurem Temperament. Vor allem das Gebiet des „Anschlusses“ bringt ihn in Hitze und in Zorn gegen jeden, der diesem Lieblingswunsch des Österreicher widerspricht:

„Es handelt sich tatsächlich um einen Herzenswunsch von uns! Als ich in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1918 mit Otto Bauer zum erstenmal das Problem der österreichischen Staatlichkeit beraten habe, sind wir uns vollkommen darüber klar gewesen, daß es nur ein einziges großes Deutschland geben darf — und daß dieses neue große Deutschland den Anschluß an Europa finden muß. Sehen Sie zum Beispiel diese neue deutsch-österreichische Zollunion, die da plötzlich aus heiterem Himmel auf das deutsche und das österreichische Volk heruntergeprasselt ist, die haben wir damals schon instinktmäßig gefühlt und in unseren ersten Protokollen zu erfassen versucht, diese von Deutschland und Österreich ausgehende Zollunion als Grundstock eines wirtschaftlichen Pan-Europa.“

„Sie bejahen also diese Zollunion?“

„Aber natürlich, Zoll und Zoll!“

„Sie wissen aber doch, daß man in Deutschland von verschiedenen Seiten aus Bedenken dagegen hat und Einwände macht. So hat der Fraktionsvorsitzende der deutschen Sozialdemokratischen Partei, Dr. Breitscheid, im Reichstag den Einwand dagegen erhoben, daß der Reichsaußenminister Dr. Curtius den deutschen Reichstag eigentlich vollkommen überrumpelt habe.“

„Das ist natürlich eine innerdeutsche Angelegenheit und geht mich gar nichts an. Vom österreichischen Standpunkt aus möchte ich dazu nur bemerken, daß bei uns niemand über Überrumpelung klagt, wenn die Regierung auch gelegentlich mal etwas Vernünftiges macht! Es handelt sich ja nur um ein Projekt, in dessen Betätigung man eintritt. Bindende Vereinbarungen sind ja noch gar nicht gemacht. Wir Österreicher sind also etwas weniger strupelhaft als Ihr, vielleicht hängt das mit der österreichischen Gemütslichkeit zusammen, von der man oft erzählt. Die Hauptsache ist: die beiden Regierungen haben endlich einmal etwas Vernünftiges getan!“

„Sie kennen doch auch die Stellungnahme des Chefredakteurs des Berliner Tageblattes Theodor Wolff, der ebenfalls nicht davon begeistert ist, daß der Reichsinnenminister die europäische Meinung vor „vollendete Tatsachen“ gestellt und vielleicht dadurch den uns aus gefürchteten Franzosen und Engländern unvorteilhaft ausgemutet habe?“

„Tatsachen sind noch nicht gefestigt. Ich bin der Meinung, daß dieser Zollvertrag weder in Frankreich noch in England als ein Akt aufgeföhrt werden kann. Er ist ja doch lediglich als ein vorweggenommenes Stück der europäischen Zollunion zu bewerten. Wenn wir Deutsche und Österreicher uns ökonomisch und sozialpolitisch zusammenschließen, dann kann das doch niemals eine handelspolitische Spitze gegen irgend ein anderes Land in sich tragen. Im Gegenteil. Wenn die Tschechoslowakei uns böse ist, dann fragen wir einfach zu ihr: „Kommt doch zu uns herein in den Vertrag! Bitte schön! Jederzeit sind wir dazu bereit.“

„Sie sind also der Meinung, daß das ganze österreichische Volk geschlossen hinter seiner Regierung in dieser Zollfrage steht?“

„Aber natürlich, ganz selbstverständlich. Wir erwarten von der Zollunion in erster Linie eine ökonomische und finanzielle Erleichterung und eine Befreiung von der politischen Abhängigkeit in diesem kleinen Land. Freilich erhält der Vertrag die Trennung beider Staaten als politische Souveränitäten aufrecht, und diese aufzubeheben ist das Ziel des Anschlusses.“

„Für den Anschluß ist wohl ganz Österreich?“

„Natürlich, Sie können sich gar nicht vorstellen, wie tief das Verlangen nach dem Anschluß bei uns im Volk liegt. Wenn wir uns noch so herumstreiten, wir Sozialdemokraten, wir Christlich-Sozialen und Heimwehrleute — in dem einen Punkt sind wir einig. Österreich muß heim ins Reich! Ich sage Ihnen: wenn in dem reaktionärsten Viertel der Steiermark eine Anschlußkundgebung stattfindet, dann steht der Sozialdemokrat Schulter an Schulter neben dem Christlich-Sozialen und seinem erbittertesten Gegner, dem Heimwehrmann.“

„Die Zollunion bringt also Ihrer Meinung nach den Anschluß Österreichs an Deutschland noch nicht?“

„Nein, keineswegs. Aber wir kommen uns wenigstens ökonomisch näher. Wir zweifeln nicht, daß gemeinsame ökonomische und sozialpolitische Interessen zusammenschließen! Die beiden Volkswirtschaften werden sich unlösbar miteinander verflechten. Das ganze Wirtschaftsleben, der Handel wird aus einem Guß. Das fördert den Anschluß mittelbar, vielleicht mehr als selbst die Angleichung der Verordnungen und des Rechts, die wir ja seit Jahren in eigenen Kommissionen betreiben.“

„Sie sind also unbedingt für die Zollunion?“

Geschrei der Blamierten

Der Reichstag soll ihnen beistehen

Nichts kennzeichnet die politische Niederlage der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen infolge ihres Auszugs aus dem Reichstag besser, als ihr Verlangen nach sofortiger Einberufung des Reichstags. Die Streitenden sind jetzt mit einemmal arbeitswillig geworden. Sie jöhren nach dem Parlament, das sie bisher verdammt haben, das sie durch ihren Auszug arbeitsunfähig machen wollten, dessen Beschlüsse sie als rechtsunwürdig anprangerten und dem sie ein nahes Ende prophezeiten. Nun geben sie selbst zu, daß ihre Hoffnungen und Wünsche geplatzt sind, daß das Parlament, das sie sprengen wollten, sie zu sprengen droht, und daß sie möglichst bald ihre Tätigkeit im Reichstag wieder aufnehmen möchten. In diese Sackgasse, aus der nur das offene Eingeständnis der Niederlage einen Ausweg eröffnet, hat sich die Rechtsopposition selbst hineingekümmert. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten hat diese Lage nur noch außen hin deutlich gemacht. Niemand glaubt der Rechtsopposition, daß die Notverordnung ausschließlich dem Kampf gegen das Stahlhelmvolksbegehren dienen soll. Sie soll vielmehr ein Abwehrmittel gegen Völe und Verleumdungen, gegen Wut und Tollwut sein, und dazu beitragen, daß der politische Kampf wieder mit anständigen Waffen geführt wird. Das ist insbesondere das Verlangen der Sozialdemokratie, die diese Notverordnung nur solange für berechtigt halten wird, als Polizei und Gericht für die lokale Anwendung sorgen und mit ihrer Hilfe lediglich gegen die politische Verblendung ankämpfen.

Selbstverständlich sind die Kommunisten sofort als Helfer für

die Nazi aufgetreten. Sie haben nicht nur einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnung eingebracht, und in einer Interpellation die Stillnahme der Regierung gefordert, sondern auch die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt.

Diesem Verlangen kann jedoch nur entsprochen werden, wenn die Mehrheit des Reichstags die Einberufung wünscht. Das geht aus Artikel 24 der Weimarer Verfassung deutlich hervor. Im ersten Absatz wird bestimmt, daß der Reichstag in jedem Jahr am ersten Mittwoch des November zusammentritt. Der Präsident des Reichstags muß ihn früher einberufen, wenn es der Reichspräsident, oder wenigstens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangen.

In dem zweiten Absatz des Artikels 24 heißt es noch: „Der Reichstag bestimmt den Schluss der Tagung und den Wiederzusammentritt.“ Aus dieser Fassung geht klar hervor, daß das Recht der Einberufung nur dann in Frage kommt, wenn der Reichstag geschlossen wird. Ist jedoch lediglich eine Vertagung eingetreten, wie das jetzt der Fall ist, dann entscheidet gemäß Absatz 2 des Artikels 24 die Mehrheit des Reichstags. Sie hat also den Tag des Wiederzusammentritts den 13. Oktober bestimmt, dabei ausdrücklich betont, daß eine Mehrheit jederzeit eine frühere Einberufung des Reichstags beschließen kann.

Da die Sozialdemokratie, ohne daß sie mit allen Bestimmungen der Notverordnung übereinstimmt, es ablehnen muß, Nazi, Deutschnationalen und Kommunisten in die Hände zu arbeiten, so dürfte diese Mehrheit nicht zustande kommen.

Die geheime Drahtleitung

Die Nazijuristen in Altentatsungen

CH. Leipzig, 30. März. (Eigene Meldung.) Der Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, hielt am Samstag und Sonntag in den „Friedrichshallen“ in Leipzig-Connewitz seine zweite Reichstagsung ab. Von den SA-Leuten wurde eine geheime Drahtleitung nach der Saalbüchse der „Friedrichshallen“ festgestellt. Man vermutete ein Attentat und verständigte die Polizei. Der Polizeibericht meldet folgendes: Am Sonntag vormittag wurde das Polizeipräsidium verständigt, daß im Grundstück in den „Friedrichshallen“ eine geheime Drahtleitung nach der Saalbüchse festgestellt worden sei, die auf ein beabsichtigtes Sprengstoffattentat gegen die Teilnehmer schließen lasse. Das Polizeipräsidium nahm sofort die Ermittlungen unter Zuziehung des Erkennungsdiens und eines Feuerwerkers auf. Die Annahme, daß die Leitung einem Sprengstoffattentat dienen sollte, bestätigte sich nicht. Es wurde vielmehr festgestellt, daß an der Drahtleitung, die von einem Nachbargrundstück nach dem Saal führte, unter der Bühne eine radioartige Anlage angebracht war. Es wurden in dem Nachbargrundstück drei Personen ermittelt, die sich als Mitglieder des Reichsbanners ausgaben und zugaben, daß sie durch die Anlage den Verlauf der Tagung abhören wollten.

Tor Landtagswahlen in Oldenburg

Das oldenburgische Staatsministerium hat die Neuwahlen zum oldenburgischen Parlament auf 17. Mai anberaumt.



Die Nachfolgerin Hermann Müllers im Reichstag

Seidträtin Gesein Selma Lohse-Witzburg erhält das Mandat des verstorbenen Reichstagsabgeordneten, D. Hermann Müller als Nachfolgerin der Reichstagswahlkreise der Sozialdemokratie des Wahlkreises Franken. Frau Lohse ist die jüngste Abgeordnete des Reichstags.

„Jawohl. In jedem Fall. Und mit mir die österreichische Sozialdemokratie und das ganze Land! Wir erwarten allerdings, daß aus dem neuen Zollgebiet ein neues Europa entsteht!“

Dr. Hermann Schühlinger.

Eine Rede Schobers

Wien, 30. März. (Eig. Draht.) Der österreichische Botschafter und Außenminister Dr. Schöber äußerte sich am Montag vor Pressevertretern über die Zollunion. Schöber sagte u. a.:

„Als der deutsche Außenminister in Wien war, wurde der Entschluß gefaßt, den praktischen Versuch einer Verwirklichung der pan-europäischen Idee zu machen, eine Zollunion einzugehen und andere Staaten zum Beitritt einzuladen. Ursprünglich dachten die Minister daran, Mitteilung hierüber bei der nächsten paneuropäischen Konferenz im Mai zu machen. Die deutsche Regierung fand aber, daß es notwendig wäre, noch vor der Tagung der vorbereitenden Konferenz die anderen Staaten zu verständigen. Da noch kein Vertrag, sondern nur Verhandlungen über prinzipielle Richtlinien vorliegen, haben die beiden Staaten die anderen Staaten verständigt, um nicht den Eindruck einer Ueberrumpelung hervorzurufen. Die Zollunion soll ein Ausweg gegenüber der Meißbegünstigungsklausel sein, wenn wir nicht alle zugrunde gehen wollen.“

Schöber teilt schließlich noch mit, daß Oesterreich mit Ungarn in Verhandlungen über einen Handelsvertrag stehe, der auf regionaler Grundlage aufgebaut sein soll und hoffentlich bald nach Oftern abgeschlossen werde. Ähnliche Verhandlungen strebe Oesterreich mit Jugoslawien an. Ebenso führe Deutschland solche Verhandlungen mit Rumänien. Ein Beweis, daß beide Staaten nicht lediglich eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich wollten.

Henderson antwortet

London, 30. März. (Eig. Draht.) Im Unterhaus nahm Außenminister Henderson Gelegenheit, die Anfrage betr. die deutsch-österreichischen Zollverhandlungen zu beantworten. Er führte u. a. aus: Die Art und Zeitpunkt, die von Deutschland und Oesterreich gewählt worden sind, um von der Zollunion Mitteilung zu machen, hat solche Kommentare veranlaßt. Beide Länder haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Vorschlag sich mit dem Genfer Protokoll von 1922 in Einklang befindet. Henderson fuhr dann fort, es sei beabsichtigt, den Generalsekretär des Völkerbundes von dem Wunsche in Kenntnis zu setzen, die Frage bei der nächsten Sitzung des Rates zur Debatte zu stellen, ob die geplanten Zollvereinbarungen mit den Oesterreich durch die Verträge und insbesondere durch das Protokoll von 1922 auferlegten Verpflichtungen vereinbar seien. Die Erwiderung der deutschen Regierung erkenne die Verweigerung an den Völkerbundsrat an.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kommt Henderson auf den Völkerbundsrat zu sprechen und nennt vier Punkte, die besonderes Interesse beanspruchten. Es habe sich eine Meinungsverschiedenheit darüber ergeben, ob der Völkerbundsrat oder ein besonderes Hilfsorgan das angemessene Forum zur Erörterung der rechtlichen Seite des Abereintommens sei. Er hält den Völkerbundsrat für das geeignete Organ. Die Frage bezüglich des Standpunktes der britischen Regierung zu den verschiedenen Fragen unterliege der Prüfung. In der Frage der Beschließung der geplanten Zollunion zu den Meißbegünstigungsklauseln in Englands Verträgen mit beiden Ländern, bestche keinerlei Zweifel. Auch die vierte Frage — wie der britische Handel durch die Zollunion berührt werde, werde sorgfältig geprüft. Henderson erklärte zum Schluß, die einzige Lösung einer Epistole, die eine bedauerliche Beunruhigung in Europa erzeugt habe, sei das von der britischen Regierung vorgeschlagene Verfahren.

Preisregelung in England

Bei der Unterhaus-Beratung wurde eine Gesetzesvorlage, die den Handelsminister ermächtigt, die Preise für bestimmte Waren einschließlich Lebensmitteln durch Verordnung zu regeln, in zweiter Beratung angenommen. Zuvor war ein konservativer Antrag auf Aufhebung der Gesetzesvorlage mit 263 gegen 220 Stimmen abgelehnt worden.

Glossen

Frid und die Schauspielerin

Der Haushaltsausschuß des thüringischen Landtags hat diesmal den Kultusrat, den Herr Frid-Birmans zu verantworten hat, genauer durchgeprüft. Im Etat befand sich auch die Gage einer Schauspielerin am Nationaltheater in Weimar im Betrage von 14 000 M. jährlich. Damit hat es eine besondere Bewandnis. Die Dame sollte abgebaut werden, da sich ihre Erscheinung zum Auftreten nur in ganz wenigen Rollen eignete. Herr Frid-Birmans jedoch hat sich persönlich für sie eingesetzt. Er hat ihr Verbleiben beschleunigt und hat ihr darüber hinaus die sehr stattliche Gage verschafft. Im Haushaltsausschuß wurde festgestellt, daß die Dame nur 20 mal im Jahre auftreten soll — macht pro Auftreten 700 M. Das ist für ein so finanzschwaches Land wie Thüringen außerordentlich beträchtlich, es dürfte selbst das überschreiten, was prominente Nationalsozialisten für ein einmaliges Auftreten erhalten.

Wie erklärt es sich, daß Herr Frid gerade diese Dame beibehalten will und ihr eine so hohe Gage verschafft? Ist sie eine besonders begabte Künstlerin, die im besonderen Maße die Kunstideale des Herrn Frid und seines künstlerischen Beraters Schulze-Naumburg verkörpert? Der Chronist weiß darüber nichts zu melden, nur eines kann er feststellen: die Dame hat sich sehr laut und fast aufdringlich zur Nationalsozialistischen Partei bekannt. Wie oft führen Herr Frid und seine Leute das Wort „Guttertypen“ im Munde?

Eine Satenkreuz-Musterleistung

Die Königlich Volkszeitung, das Organ des Zentrums am Rhein, hat aus Bayern einen mit Namen unterschriebenen Brief erhalten, der den Gedanken einer echt nationalsozialistischen Rede in wenig Zeilen zusammenfaßt. Darin heißt es: „Viel Teufel, Ihr Pfaffenlumpenpack, Ihr wollt von der Young-Perkussionspolitik nicht lassen bis des Volkes Raube Euch alle hinweggefegt. Wirth, Fräulein, Siegerwald, der rote Löbe und den Schuft, ehemaligen Kanzler Müller, den Unterzeichner des Verfallener Schandvertrages hat doch jetzt der Teufel geholt. Der alte Schuft Hindenburg hat als Französischer das ganze deutsche Volk verraten in Gemeinschaft mit dem Zentrumsvollstrecker Prälat Kaas, Dompaff Dr. Leich und zuletzt unseres Ministerpräsidenten Dr. Raubel. Warum rührt seine Heiligkeit Erzbischof Paps Pius für das von Stalin unterdrückte Südrußland keinen Finger, weil er ein weslicher Schuft, aber kein Stellvertreter Christi ist. Alle Tod und Teufel, Euch Hebräern und Pfaffenbarbaren schlimmster Sorte. Aber es kommt der Tag der Vergeltung!“

In der Funktionärszeitung der Hitlerpartei heißt es, daß man die Landbevölkerung bis zur Käseerei aufheben müsse. Käseerei ist dies allerdings, es ist Wortschneiderei, der beinahe noch jeden Wortschneiderei übertrifft, den wir aus den Jahren 1921 und 1922 kennen. Für diese Wortschneiderei trägt die Partei des Herrn Hitler und er selbst die volle Verantwortung, denn dieses Schreiben — eins unter vielen — ist nichts anderes als ein Niederlassung seiner Schreien, die die prominentesten Nationalsozialisten im Lande zu halten pflegen.

Was schreit zum Himmel?

Nochmals der Millionenschwindel der Nationalsozialisten

Wir sind bereits mehrfach auf den Millionenschwindel der Nationalsozialisten über den Etat des Deutschen Reiches eingegangen. Da jedoch sich immer wieder neue Tatsachen ergeben, die den Schwindel der nationalsozialistischen Behauptungen dartun, müssen wir noch einmal auf das nationalsozialistische Flugblatt zurückkommen, damit die Wahrheit nicht mit solchen Mitteln in die Hände der Nationalsozialisten an der Nase herumgeführt wird. Fahnebüchsen Unwahrheiten vermischen sich beim Satenkreuz mit Fälschungen, Reichsetat und preußischer Etat werden bunt durcheinandergeworfen, alte und neue Statistiken vermengt, falsche Summen einfach den Lesern wahllos als Tatsachen vorgelegt. Es verlohnt sich daher schon, noch einmal einen kleinen Streifzug durch den nationalsozialistischen Millionenschwindel zu tun.

Die Satenkreuzflüge

Im Jahre 1929 soll nach dem Reichshaushaltsplan ausgegeben sein:

Für ein Kursskonto des Reichsarbeitsministers 42 000 M.
Für die Reparatur an diesem „Sozi-Auto“ 26 000 M.

Für 24 Ministerautos in Preußen 295 000 M.

Ehrenmal für Stresemann (am deutschen Et) 500 000 M.

Interparlamentarische Union 180 000 M.

Die Wahrheit

Tatsächlich wurde ausgegeben:

Für ein Auto des Reichsarbeitsministers 1929 nichts
1930 als Ersatz für einen verbrauchten Wagen 14 000 M.
1929 und 1930 für laufenden Betrieb einschließlich Reparaturen 10 000 M.
neue Ministerautos nichts
(Es ist einfach eine Phantastiksumme für alle im Reich und Preußen in den Ministerien vorhandenen Autos eingeschleift.)

Ehrenmal für Stresemann nichts
(Weber 1929 noch später wurde hierfür Mittel verausgabt.)

Interparlamentarische Union 60 000 M.

Ähnlich liegt der Fall mit weiteren Behauptungen der Nationalsozialisten. Die Gesamtausgaben für den Reichsetat betragen 1929 rund 8,4 Millionen Mark. Zieht man davon die in dem Flugblatt ungefähr richtig angegebenen Kosten für die Diäten und Freifahrten der Mitglieder des Reichstags ab, so verbleiben für die übrigen Bedürfnisse des Reichstags 2,5 Millionen Mark und nicht 1,0 Millionen, wie im Flugblatt angegeben wird. Die Ausgaben für die Youngkonferenzen in Paris und Haag erforderten 1929 nicht 2,7 Millionen, wie das Flugblatt behauptet, sondern 0,7 Millionen Mark. Die von der Sozialdemokratie übrigens scharf kritisierten Kosten anlässlich des Besuchs des Königs Amanullah haben rund 370 000 M. und nicht 2,7 Millionen, die Kosten anlässlich des Besuchs des Königs Fuad 179 000 M. und nicht 1,3 Millionen Mark betragen.

Die Gesamtausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden haben nach der Reichsfinanzstatistik 1913 2178 und 1927 18 771 Millionen betragen. Für 1929 liegt das Ergebnis der Finanzstatistik noch nicht vor. Nach der angestellten Schätzung wird die Gesamtausgabe rund 20,5 Milliarden Mark ausmachen. Der Unterschied zwischen 1913 und 1929 beträgt also nicht, wie nach dem Flugblatt angenommen werden muß, 17,2, sondern 13,5 Milliarden Mark.

Auch die Angaben über die Ministerpensionen sind übertrieben und unwahr. So ruht beispielsweise die Pension des Reichsanwalters a. D. Dr. Luthner völlig, da er als Reichsamtpräsident Einkommen aus öffentlichen Mitteln erhält. Ebenso ruht die Pension des Ministers a. D. Radebruch zu einem erheblichen Teil infolge seines Einkommens als ordentlicher Professor. Weder seine Pension noch die des Reichsanwalters a. D. Bauer oder des Reichsministers a. D. Schmidt kommt an die im Flugblatt genannte Pension von 20 000 M. heran.

Ergänzend muß hier jedoch gleichzeitig hinzugefügt werden, daß eine Reihe der von den Nationalsozialisten herbeigezogenen Ministerpensionen noch a u s d e r k e i s e r l i c h e n Z e i t stammen und gleichzeitig ist darauf hinzuweisen — was die Nationalisten geflissentlich verschweigen —, daß die Regierung Hermann Müller durch ein neues Ministerpensionsgesetz 1930 die alte Vorkriegsregelung über die Mini-

sterpensionen für die Zukunft beseitigt hat und daß die seitdem amtierenden Minister nach ihrem Auscheiden nur ein Uebergangsgeld für kurze Zeit erhalten.

Diese kleinen Kostproben dürften genügen, um darzulegen, in welcher unverantwortlicher Weise von den Nationalsozialisten geschwindelt wird. Draußen auf dem Lande ist es jedoch vielen Republikanern oft schwer, sofort die richtige Zahl an Stelle der mit fälscher Stirn behaupteten Falschziffer zu ermitteln und so tut das Gift seine Wirkung. Um so mehr ist es daher notwendig, daß die Republikaner dem nationalsozialistischen Schwindel nachgehen und die Massen darüber aufklären, wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhalten. Denn wenn etwas zum Himmel schreit, dann ist es der Millionenschwindel der Nationalsozialisten, denen die Hege gegen die Republik das tägliche Brot bedeutet.

Die Wiesbadener Regierungspräsidentenwilla ein Nazischwindel

Nationalsozialistische Verleumdungen am Pranger

In dem nationalsozialistischen Flugblatt „Millionenverschwendungen“ wird u. a. auch behauptet: „So wurde für die Villa (Dienstwohnungsneubau) des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Ehler (früher Schlosser) in Wiesbaden 230 000 M. ausgegeben. Der alte Vorkriegspräsident hatte in der dritten Etage des Regierungsgebäudes gewohnt.“

Um den nationalsozialistischen Schwindel auch in diesem Falle zu entlarven, hat sich das sozialdemokratische Parteisekretariat Karlsruhe nach Wiesbaden gewandt, um Klarheit zu bekommen. Daraufhin ist von Wiesbaden folgende Antwort eingelaufen, die in drastischer Weise die nationalsozialistische Verleumdungsmethode an den Pranger stellt:

Die Behauptungen im nationalsozialistischen Führer in Bezug auf unseren Regierungspräsidenten Ehler hyn. Wilh. Neubau sind alte Verleumdungen. Diese Sache verhält sich wie folgt:

„Bereits vor dem Kriege war für den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, der ja damals noch von einem Bürgerlichen verwaltet wurde, ein Neubau geplant. Infolge des Krieges wurde dieser Neubau nicht ausgeführt. Die Nachkriegszeit und vor allem die damit verbundene Belagerung Wiesbadens durch fremde Truppen, sowie die politischen Verhältnisse überhaupt, ließen diesen Plan in den Hintergrund treten.“

Ohne Zutun des Genossen Ehler erschien dann plötzlich im Jahre 1930 im Etat Preußen die Anforderung von 230 000 Mark für den Neubau einer Dienstwohnung für den Präsidenten.

Nach Bekanntwerden dieses Planes brachte Genosse Ehler mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß er gar nicht daran denke, seine jetzige Wohnung mit einem Neubau zu wechseln. Seit dieser Zeit ruht die Sache und es ist bisher auch nicht ein Pfennig für den Neubau einer Dienstwohnung aufgewendet worden.

Genosse Ehler bewohnt eine Wohnung in der Taunusstraße. Er muß seine Miete zahlen mit Ausnahme der Räume, die nach der Straße liegen und als Repräsentationsräume dienen. Diese Wohnung hatte auch der vorherige Präsident inne.

Es stimmt auch nicht, daß der Vorkriegspräsident eine Wohnung im 3. Stock des Regierungsgebäudes inne hatte, sondern er hatte eine hochherrschafliche Wohnung im 1. Stock des Regierungsgebäudes, die mit der jetzigen Wohnung des Genossen Ehler durchaus nicht vergleichbar ist. Die Räume im Regierungsgebäude mußten deswegen geräumt werden, weil sie für die jetzige Zweckbestimmung nicht mehr geeignet waren.

Genosse Ehler steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in dieser Notzeit gar nicht daran zu denken ist, einen Neubau zu errichten und auch bei besseren Zeiten eine einfache Dienstwohnung ausreichen würde.

Diese nationalsozialistische Verleumdung ist nur nach dem Motto zu bewerten, das den Nazis eigen ist: „Verleumde nur rabia darauf los, es wird schon etwas hängen bleiben!“

Gen. Richard Otto, Parteisekretär, Wiesbaden, Mellichstraße 40, 2.

Arbeitslohn und Politik

Der heutige Kampf der deutschen Arbeiterklasse um ihre Arbeits- und Lohnbedingungen ist in einem bisher noch nie gekannten Maß die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht. Während die Arbeiter bisher im Kampf um die Arbeitsbedingungen in der Offensive standen, sind sie nun in der ganzen Front in die Defensive gedrängt worden. In dieser Stellung erweisen sich viele bisher zu unseren Gunsten sich auswirkende Werkzeuge des Arbeitskampfes als hemmnis. Solche Hemmnisse können nur auf dem Weg zur politischen Macht beseitigt werden.

Die nachkriegsseitige Entwicklung in Staat und Wirtschaft haben in Deutschland die Arbeitskämpfe in weitere Formen gezogen. Anlaß hierzu gab die neue Reichsverfassung, welche die Schaffung eines neuen einheitlichen Arbeitsrechtes unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorsieht. Das Betriebsrätegesetz, das Schlichtungswesen und die Tarifverordnungen sind die Ergebnisse dieses noch lange nicht abgeschlossenen Prozesses im Kampf der Klassen um das wirklich dem Volkseigenen dienenden Arbeitsrecht, sie sollen die Bausteine zum künftigen einheitlichen deutschen Arbeitsrecht sein. Der Kampf um das Arbeitsrecht ist ein politischer. Politisch ist die Lehre vom praktischen Einwirken auf den Staat. Wenn Karl Seegering in den Sozialistischen Monatsheften ruft: „Aurück zur Politik!“, so meint er damit, was von hohen Kraftmeistern zur Politik. Der 14. September 1930 war einer der schmerzhaftesten Tage in der deutschen Politik seit vielen Jahren. Es ist nicht Aufgabe dieser Betrachtung, die Gründe für das Waghstum der Nazi und Kosi im Einzelnen anzuführen. Darüber besteht ja kein Zweifel: ihr wirksamster Bundesgenosse, ihr erfolgreichster Zuträger war die Wirtschaftskrise der Volksmassen, die durch den Krieg, durch die Inflation und die Wirtschaftskrise auch jeden seelischen Halt verloren hatten.“

Die heutige politische Lage ist die Ursache, warum wir im Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen in der Defensive stehen. Wäre am 14. September eine starke Sozialdemokratie in den Reichstag gezogen, so wären vielleicht die Gehälter der hohen Beamten abgebaut worden, den Lohn des Arbeiters und Gehalt des Angestellten hätte man von Regierungsseite nicht anzuheben gewagt. Die an sich geringen Verluste der arbeitslosen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, haben aber genügt, das Unternehmertum

auf der ganzen Linie an die Kampffront zu rufen und den Lohnabbau zu verhindern.

Die heutigen Schiedssprüche sind im wahren Sinn des Wortes ein politisches Diktat. Daher ist dieser Lohn nicht mehr ein Lohn, hervorgegangen aus dem freien Spiel der Kräfte in der Wirtschaft, sondern ein politischer Lohn. Der politisch festgesetzte Lohn kann für die Arbeiterklasse von Segen sein, wenn sie politische Macht besitzt, kann aber zum Fluch werden, wenn sie politische Macht verliert. Daher ist es nicht in unsere, sondern in andere Hände gegeben ist.

Otto Hilgert.

Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler

Das Reichsgesetzblatt bringt das Gesetz über die Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung vom 25. März und die Ausführungsbestimmungen dazu.

Erhöhung der Ausmahlungsquote für Roggen

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Verordnung des Reichsernährungsministers, wonach der Ausmahlungsgrad für Roggenmehl von höchstens 60 Proz. auf höchstens 70 Proz. erhöht wird. Die Verordnung tritt drei Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft.

Kommunistischer Proteststreik in Frankreich gescheitert

Paris, 30. März. (Eig. Draht.) Der von den kommunistischen Grundarbeitern für Montag angekündigte Proteststreik ist als gescheitert zu betrachten.

Ausöhnung bei den englischen Konservativen

Zwischen dem konservativen Parteivorstandenden Baldwin und dem Zeitungsorganen Lord Beaverbrook ist eine Ausöhnung zustande gekommen.

Serriot als Bürgermeister von Lyon zurückgetreten

Der bekannte französische Politiker Serriot ist als Bürgermeister von Lyon zurückgetreten.

Pilsudski wieder in Warschau

Marshall Pilsudski ist von seiner Reise wieder in Warschau eingetroffen.

Freistaat Baden

Verlängerung des Uniformverbotes

Im Gesetz- und Verordnungsblatt wird bekannt gegeben, daß auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuches in der Fassung des Gesetzes vom 26. Februar 1931 die mit Bekanntmachung vom 4. März 1931 für das Uniformverbot festgesetzte Frist um 4 Wochen verlängert wird.

Was nach dem 28. April geschehen soll, steht noch nicht fest. Wir halten das allgemeine Verbot nicht für haltbar, denn es ist unmöglich, das staatsreue Reichsbanner mit den Hitlerbanden und Kofftrout zu vergleichen und zu behandeln.

Auffehen erregende Verhaftung

Der Hauptführer Josef Weibhaus in Pfullendorf unter Verdacht der Beleidigung zum Meinelde festgesetzt

Der Eingetragte Volksbeauftragte in Pfullendorf: Nicht geringes Aufsehen erregte die plötzlich erfolgte Verhaftung des Kohlenhändlers Josef Weibhaus, des Gatten der hiesigen Nationalsozialisten und Sohn des früheren Staatsrats Weibhaus. Am Mittwoch war der Untersuchungsrichter am Landgericht Konstanz hier und vernahm sachliche Zeugnisse mit dem Ergebnis, daß Weibhaus am Donnerstag morgen festgenommen und sofort in das Untersuchungsgefängnis nach Konstanz überführt wurde. Die Festnahme soll wegen dringenden Verdachts der Beleidigung zum Meinelde erfolgt sein.

Der Oberrheinausbau

Der Gesamtverband des Rheinisch-Ruhrgebietes Konstanzer E. Langt letzte Woche in Konstanz. Hierbei wurde von Herrn Oberregierungsrat Altmayer-Karlsruhe der erste Schritt zum Ausbau der Kraftwerke am Oberrhein herangezogen, der auch die Fortführung des Großschiffahrtsweges über Basel hinaus sehr beunruhigt. Auch die starke Zunahme des Saalenerverkehrs in Basel, der im letzten Jahre eine Höhe von 1.099.887 Tonnen erreicht hat, wirkt fördernd auf den Ausbau des Großschiffahrtsweges Basel-Bodensee. Besonders interessant ist die Tatsache, daß an der Spitze der Ruhrwerke am Rheinverehr der Ration Zürich mit 18,6 Prozent des Gesamtumschlages steht und Basel erst an 8. Stelle mit 4,4 Prozent folgt. Durch die Fortschritte im Bau der Kraftwerke sowie Verbesserungen im Entwurf für die Schiffahrtsanlagen vermehren sich die Kosten für den Ausbau der Wasserstraßen. Die bisherigen statistischen Erhebungen lassen darauf schließen, daß auf dem Oberrhein oberhalb Basel mit einem viel stärkeren Anfangsverkehr wird gerechnet werden können, als bisher in den verkehrswirtschaftlichen Berechnungen angenommen worden war. Aus den Beschlüssen des Vorstandes ist hervorzuheben, daß am 25. April d. J. eine Arbeitsgemeinschaft in Gadingen stattfand, an die sich eine Besichtigung der Kraftwerksbauten bei Altdorf-Doornen und des Kraftwerks Ruppberg-Niederbühlbach anschließt. Als Termin für die Hauptversammlung wird Ende August oder Anfang September in Aussicht genommen. Infolge des Beschlusses der vorjährigen Hauptversammlung wird die Rheinische Schiffahrtsgesellschaft der Beschaffung eines Schiffes für die Oberrheinfahrt Basel-Bodensee werden nach Verhandlungen mit den anderen Oberrheinschiffahrtsgesellschaften in Aussicht genommen.

Staatliche Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1931

Von sachkundiger Seite wird uns mitgeteilt:

Nach der Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1931 (G. V. Bl. S. 69) wird für das Rechnungsjahr 1931 u. a. auch die staatliche Grundsteuer um 4 v. H., die staatliche Gewerbesteuer um 8 v. H. gesenkt. Diese Steuerentlastung ist bereits für die für 1931 zu leistenden Vorauszahlungen. Während aber bei Anforderung der endgültigen Steuer für 1931 die Steuerentlastung im Steuerbescheid zum Ausdruck kommt, muß der Steuerpflichtige die entsprechende Ermäßigung der im Steuerbescheid für 1930 angegebenen vierteljährlichen Vorauszahlungsbeträge selbst berechnen. Für diese Berechnung dienen nachstehende Beispiele:

Wer nur Grundsteuer zu entrichten hat, kürzt das Vorauszahlungsviertel auf 96 v. H. (Beispiel a), wer nur Gewerbesteuer zu entrichten hat, auf 92 v. H. (Beispiel b). Wer gleichzeitig Grund- und gewerbesteuerpflichtig ist, muß wegen der Berechnung der vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Steuern die Kürzung der Grund- und Gewerbesteuer zusammen in dem Maße wegen der Berücksichtigung der Vorauszahlungen für die beiden Steuern die Kürzung der Vorauszahlungen auf die Grundsteuer und auf die Gewerbesteuer je für sich getrennt berechnen (Beispiel c).

Beispiele:

a) Grundsteuer für 1930 vierteljährlich 32,60 RM., senkt um 4 v. H. = 32,60 x 96 = 31,30 RM.

b) Gewerbesteuer für 1930 vierteljährlich 48,80 RM., senkt um 8 v. H. = 48,80 x 92 = 44,90 RM.

c) Grund- und Gewerbesteuer für 1930, und zwar Grundsteuer 129,80 RM., Gewerbesteuer 242,10 RM., vom Betriebsvermögen 56,10 RM., vom Gewerbeertrag 186,— RM., im ganzen: 371,90 RM., abgerundet 371,80 RM., vierteljährlich 92,95 RM., Senkung der Grundsteuer um 4 v. H. = 129,80 x 96 = 124,61 RM., Senkung der Gewerbesteuer um 8 v. H. = 242,10 x 92 = 222,73 RM., zusammen: 347,34 RM., abgerundet 347,20 RM., vierteljährliche Vorauszahlung 86,80 RM., etwa nötige weitere Auskunft erteilen die Finanzämter.

Volkswirtschaft

Die beiden repräsentativen Schiffahrtsgesellschaften in Deutschland mit internationaler Linie und internationaler Schifffahrt, der Norddeutsche Lloyd in Bremen und die Hamburg-Amerika-Linie nehmen für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Dividendenverhältnis vor. Lloyd verzeichnet seine Dividende von 8 auf 6 Prozent. Bei der Hauptversammlung am 1. April wird ebenfalls 6 Prozent ein. Die Gleichmäßigkeit der Dividendenverteilung führt nicht von ungefähr. Nach jahrelangen Verhandlungen und nach jahrelanger Restrukturierung haben sich die beiden Großlinien gefunden. Lloyd und Hapag haben schon das vergangene Jahr im Zeichen der Union Hand in Hand gearbeitet. Daher trägt eine weitgehende Übereinstimmung in der Bilanzierung und in der Wirtschaftspolitik. Man hat die Anlagen von einseitigem Geschäftspunkt aus kritisiert.

Die vom Reich beherrschte Elektrowerke A.-G. meldet in ihrem Geschäftsbericht zum ersten Male seit ihrem Bestehen für das Jahr 1930 einen Rückgang der Ertragsrechnung. Es konnten infolge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr nur 2.243 Millionen Reichsmark abgesetzt werden gegen 2.332 Millionen im Jahre 1929. Der Reinertrag ist von 5,73 auf 6,77 Millionen Mark gesunken. Daran wird auf das 90-Millionen-Restat eine Dividende von nur 7 gegen 8 Prozent im Bericht gezahlt, die das in die Bilanz, d. h. das Reich abgeführt wird.

Die Landesgruppe Baden des Südwestdeutschen Kanalarbeitsvereins, die sich die Förderung des Neckarkanals und der sonstigen wasserwirtschaftlichen Pläne Badens zum Ziel genommen hat, hielt in Heidelberg ihre Mitgliederversammlung ab.

Oberkirchenrat richtet sich selbst

Die Klage gegen Pfarrer Eckert abgewiesen - Soll das Unrecht verewigt werden?

D3, Karlsruhe, 30. März. Das kirchliche Verwaltungsgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Schneider hat die Klage des Pfarrers Eckert in Mannheim gegen den Evangelischen Oberkirchenrat teils als unbegründet, teils als unzulässig abgewiesen.

Die Anfechtungsklage des Pfarrers Eckert gegen das vom Oberkirchenrat am 28. Januar 1931 an Pfarrer Eckert gerichtete Gebot, eine Liste der von ihm beabsichtigten politischen Vereinigungen vorzulegen, wie auch jene gegen das am 30. Januar erlassene Verbot, in öffentlichen Versammlungen irgendwelcher Art bis auf weiteres öffentlich aufzutreten, wird demnach als unbegründet abgewiesen, während die Abweisung der Klage gegen die am 6. Februar ausgesprochene vorläufige Amtsenthebung erfolgt, weil sich das Gericht für diese Entscheidung hierüber nicht zuständig erklärte, da diese Verfügung eine zum Dienststrafverfahren gehörige vorläufige Verwaltungsanordnung darstelle, deren Geltung mit dem Spruch des Dienstgerichts ihr natürliches Ende finde. Diese Verfügung wolle und dürfe keinerlei Präjudiz für den Spruch des Dienstgerichts bilden.

Die Begründung des Urteils hebt ausdrücklich hervor, daß das Gericht nur über Rechtsfragen zu entscheiden habe. Es habe sich, so heißt es weiter, dieser Aufgabe entledigt, indem es versucht, streng unparteiisch eine rein sachliche Stellung einzunehmen, niemand zuliebe und niemand aufleide. Es wird dann ausgeführt, die Verfügung des Oberkirchenrats vom 28. Januar 1931 enthalte in ihrem ersten Teil eine an den Kläger gerichtete, eindringliche, ermahnende Bitte, bis auf weiteres das Auftreten in öffentlichen politischen Versammlungen zu unterlassen, damit die in weiten Kreisen des Kirchenwesens bestehende Beunruhigung sich wieder legen könne. Daß dadurch der Kläger in seinen durch die Verfassung verbrieften Rechten beeinträchtigt worden wäre, sei nicht ersichtlich. Was die dienliche Weisung anlangt, ein Verzeichnis der von ihm für die nächste Zeit geplanten politischen Versammlungen vorzulegen, so könnte das Gericht nicht erkennen, inwiefern durch Verfügung Bestimmungen der Reichs- und badischen Verfassung verletzt sein sollten. Das Gericht hält dem Pfarrer Eckert zugute, daß er offenbar sich aus tiefer innerer Überzeugung in seinem Gewissen gesonnen habe, eine öffentliche Prolegomena in Tätigkeit in der gegebenen Richtung zu entfalten, es hält ihm auch zugute, daß er glaubt, damit der Kirche der Zukunft zu dienen, so wie er es wünscht. Pfarrer Eckert befände sich aber in einem schweren Irrtum, wenn er die Tätigkeit der Beauftragten durch die Kirchenbehörde entgegenlaßt. Das Gericht anerkenne zwar mit dem Oberkirchenrat die Unabhängigkeit des Geistlichen von der Kirchenbehörde in der Ausübung des eigentlichen geistlichen Amtes. Allein die Betätigung des Pfarrers Eckert, um die es sich hier bei der angefochtenen Verfügung des Oberkirchenrats handle, liege nicht im Rahmen seiner geistlichen Amtsführung, sondern außerhalb desselben. Hier tritt die allgemeinen kirchlichen Ordnungen und Befugnisse der vorgesetzten Kirchenbehörde ein. Welchen Inhalt diese Anordnungen haben müssen und dürfen, sei in das Ermessen der Kirchenbehörde gestellt. Die eingehende Prüfung des Sachverhalts habe die Annahme nicht ergeben, daß die obwaltenden Umstände die Berechtigung der Kirchenbehörde zu der angefochtenen Verfügung ausschließen. Die Würde und das Ansehen des von Pfarrer Eckert vertretenen geistlichen Amtes, das die Begründung, schon im Anschluß an die Reklamation der Beamten. Er sei niemals mit Privatmann, in der Personlichkeit der Beamten. Er sei niemals mit Privatmann, in der Personlichkeit der Beamten. Er sei niemals mit Privatmann, in der Personlichkeit der Beamten.

Es wird eitel Freude im Hause Wirth und Friedrich sein! Sieg auf der ganzen Linie! Also: der Herr Kirchenpräsident hat bei seinen Entscheidungen richtig „ermessen“, als er mit mit beabsichtigter Endgültigkeit vorläufig seine Kirche gegen Eckert schützte! Ja: „Seine“ Kirche. Denn nach welchem Maßstab hat denn der Kirchenpräsident gemessen? Doch wohl nur nach dem ihm politisch nahe stehenden Teil. Nach dessen Perspektiven ist seit Eckerts Auftreten als Redner in politischen Versammlungen der SPD. erst ein Gegenatz in die Kirche hineingetragen worden! Als der Kirchenpräsident oder der Oberkirchenrat Mayer weltlich-politisch tätig waren, gab es keinen Gegenatz. Wo kam denn all die Empörung her, welche die Arbeitererschaft jahrzehntelang von der Kirche fernhielt? Doch von der politischen Tätigkeit der Konfessionen! Nun: Noch einige Tausend Abstimmungsunterschriften mehr werden dem Kirchenpräsidenten den kirchlichen Willen dieser Massen zeigen!

Aber, Ihr sehr klugen Herren Richter: Ist Ihnen der Widerspruch in Ihrem Urteil entgangen? „Das Amt erfährt die gesamte Persönlichkeit des Beamten“ und nun auf einmal gibt es für die Gewissensfreiheit und die Verantwortung des Pfarrers vor Gott, dem er doch mehr gehorcht soll als den Menschen, nur einen Ausschnitt für diese protestantische Gewissensfreiheit, nämlich nur dann, wenn er auf der Kanzel steht? Auf diese Weise wird der Pfarrer wohl säuberlich in die einzelnen Ressorts des DR. eingeteilt: für die eine Sache ist dann der Herr Prälat und für die andere der Herr Rechtsreferent zuständig? Und doch geschieht alles in einer Verantwortung vor Gott! Das ist ein feiner Protestantismus „halb und halb“.

Den Höhepunkt der Begründung stellt aber doch der wörtlich abgedruckte dritte Teil dar! Meine Herren Richter: Sie waren doch Juristen, hohe Verwaltungsjuristen, und ein Theologe! Sie haben da wohl den tüchtigen SA-Leuten und Stahlhelmen einen „legalen Weg“ zeigen oder einen „geistlichen Rat“ geben wollen, wie man den roten Pfarrern leicht einen geistlichen Maulkorb verschaffen kann? Diese Helben brauchen nur recht zu bramarbasieren, wie sie die Versammlungen terrorisieren wollen, erst, auch einmal ein bißchen mit der Waffe zu fucheln... schon hat dann, nicht diese geistliche Kampfsprache, sondern — der Pfarrer die Ruhe geföhrt, noch mehr: die Würde seines Amtes verlehrt! Sollen es dann die Leute vom Reichsbanner oder von Antifa ebenso in den Versammlungen machen, wo Pfarrer des Volksdiensts oder anderer Rechtsparteien sprechen? Das eröffnet liebliche Perspektiven?

Also zum ersten Mal hat nun das Verwaltungsgericht getagt. Und sein erstes Urteil stützte den Kampf der Positiven gegen die religiösen Sozialisten! Wir sind sehr auf den Ausgang des Dienstgerichts gespannt! Der Oberkirchenrat hat nun ein prachtvolles Instrument gegen mißliebige politische Pfarrer in der Hand. Nur ein Illusionist konnte anderes erwarten! Wir unterstellen den Richtern keine böse Absicht. Aber wenn sie so die „Wiederführung“ der entfremdeten Massen begrüßen, hätten sie doch auch mit einem Gedanken darüber nachdenken sollen, daß unter der Herrschaft der Positiven die Arbeiter davonlaufen, und daß sie erst wieder seit der Tätigkeit der religiösen Sozialisten sich um die Kirche zu bekümmern anfangen. Sollen da die Herren Richter nicht „die obwaltenden tatsächlichen Verhältnisse“ doch ein bißchen sehr vertehrt ermessen haben? Wie lange wird das Urteil gelten? Nur solange die bürgerliche Klasse die Kirche regiert und keinen Tag länger! Der Schreiber hat sich, bevor er eine ganze Nacht hindurch das Urteil studierte und den Artikel schrieb, einen Trostspruch geholt. In der Bibel fand er das Wort: „Es geht Gewalt über Recht!“ (Hab. 1, 3). Und bei Marx im kommunistischen Manifest fand er den Satz: „Euer Recht ist nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse!“ Und mit ihm sind viele Tausende so respektlos, diese Sätze von diesem Urteil des Verwaltungsgerichts für wahr zu halten!

Endlich, so wird uns dazu aus dem Kreise der religiösen Sozialisten gefachelt, ist das Urteil des evangelischen kirchlichen Verwaltungsgerichts, das am 18. März getagt hatte, den Parteien zugestellt und damit der Öffentlichkeit übergeben worden, und zwar 46 Seiten umfassend. Und nun?

Aus aller Welt

Hannuften gegen den Mißbrauch seines Namens

Berlin, 30. März. Der von der Stettiner Kriminalpolizei geführte Kaufmann Hellwig aus Berlin, der in Breslau als Helleber auftritt und dort festgenommen wurde, hatte sich den Namen Hannuften beigelegt. Unter Hinweis darauf, daß der Eindruck entstehen könnte, als ob der bekannte Helleber Erik Tam Hannuften verhaftet worden sei, erludete Erik Tam Hannuften, noch einmal festzusetzen, daß sein Name von dem verhafteten Hellwig mißbräuchlich benutzt worden ist, und daß in letzter Zeit sich die Fälle mehren, in denen unerwünschte Elemente zu seinem Schaden unter seinem oder ähnlichen Namen auftreten.

Die jüdische Bevölkerung der USA

Newport, 30. März. Die jüdische Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist in den letzten 50 Jahren von einer Viertel Million auf vierundsiebzig Millionen gewachsen. Newport allein zählt eineinviertel Millionen Juden, d. h. ungefähr achtmal mehr als Palästina.

Der Dokumentendiebstahl im Reichstag aufgeföhrt

Im Oktober v. J. war aus dem Reichstagsgebäude eine Anzahl wertvoller Dokumente und Bücher gestohlen worden. Es handelte sich um Bilderbücher, politische Kartaturen aus den Jahren 1848 und 1849 und als wichtiges Dokument die Originalurkunde der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849. Alle Nachforschungen nach den verschwundenen Dokumenten und Ermittlungen ist es jetzt endlich gelungen, als der Tat dringend verdächtig den 39 Jahre alten Walter Weiser Hofmann, der aus Königsberg i. Pr. stammt, auszusprechen und festzunehmen. In einem geschickt gewählten Versteck

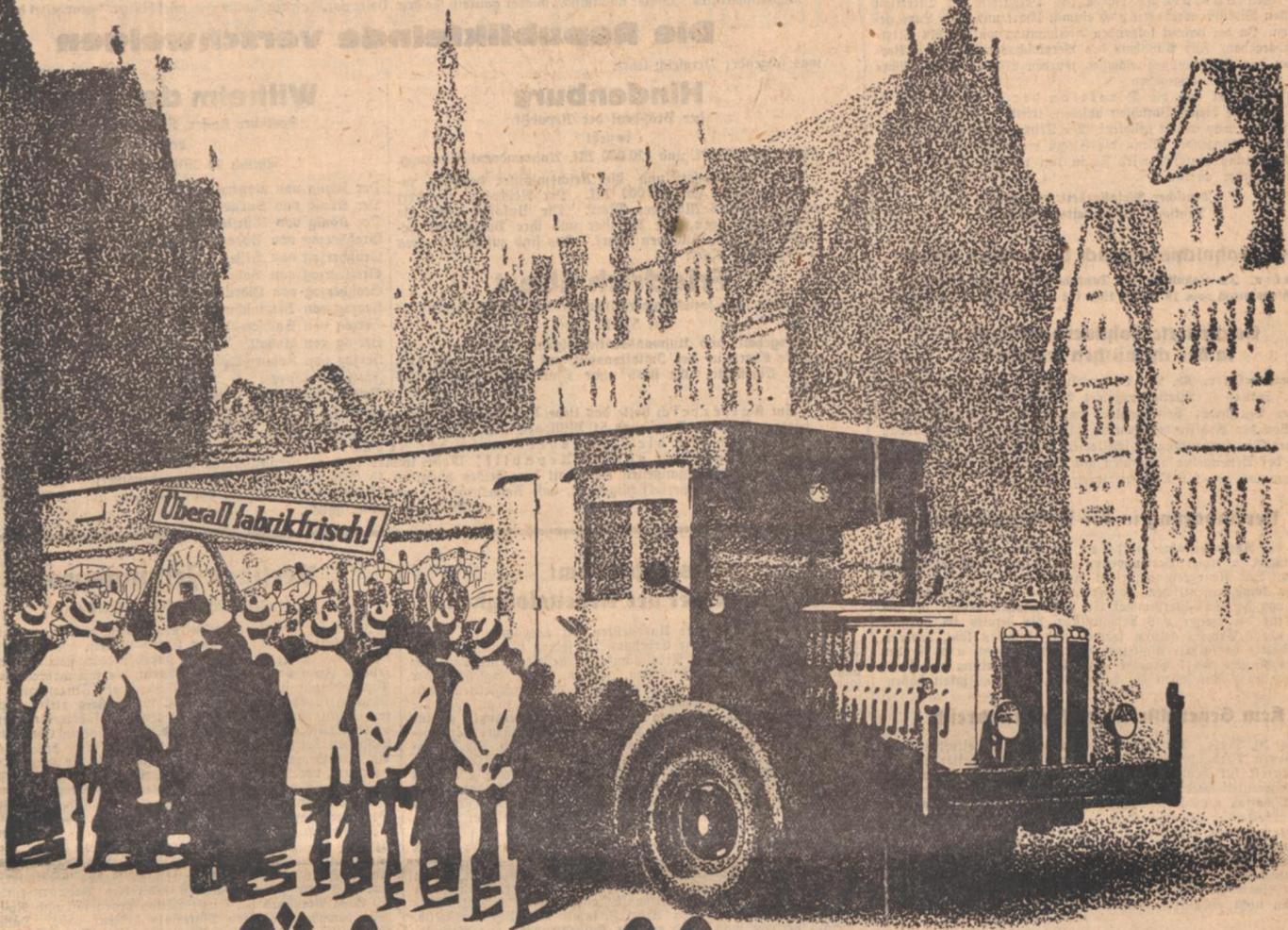
wurde auch die Verfassungsurkunde gefunden und beschlagnahmt. Wohlgemut wollte die Urkunde in den nächsten Tagen an einen Ausländer verkaufen. Bei seiner Vernehmung bestritt er die Beteiligung an dem Dokumentendiebstahl und erzählte darüber eine wenig glaubwürdige Geschichte. Als man ihn auf Widerprüfe und Unwahrscheinlichkeiten seiner Aussage aufmerksam machte, erklärte er, daß er sein Wort gegeben habe nichts und niemand zu verraten.

Leutnant bekommt 10 Jahre Zuchthaus für Spionage

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte der vierte Strafsenat des Reichsgerichtes den Leutnant a. D. Heinrich Kubitzky wegen Verrates militärischer Geheimnisse in Tateinheit mit Unterschlagung zu zehn Jahren Zuchthaus. Zur Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeführt: Es ist erwiesen, daß der Angeklagte den in Rede stehenden „Gegenstand“ in den Besitz des französischen Nachrichtendienstes in Mainz hat gelangen lassen. Daß dieser „Gegenstand“ dringend geheimzubehalten war, war dem Angeklagten genau bekannt. Es liegt auch weiter Unterschlagung vor, da sich der Angeklagte diesen „Gegenstand“ rechtswidrig angeeignet hat. Willkürliche Umstände wurden dem Angeklagten verlag, weil die Tat, die er begangen hat, die schändlichste und nichtsnutzigste ist, die überhaupt von einem Offizier begangen werden kann. Er hat das Reich schwer geschädigt. Der Angeklagte nahm das Urteil ohne jede ersichtliche Erregung hin.

Kommunistische Schallplatten beschlagnahmt

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft sind sechs Schallplatten der kommunistischen Schallplattenzentrale, die im wesentlichen aufreizende in Rußt gelebte Gedichte enthalten, beschlagnahmt worden.



Überall,

auch in den entlegensten Ortschaften, versorgt unsere gewaltige Filial-Organisation und der moderne Ova-Expreßdienst den Raucher mit stets

fabrikfrischen
REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

im **Araabier-Format**

Überall fabrikfrisch!

EINHEITS
PACKUNG
50s
GROSSPACKUNG
MK 1-50

Gewerkschaftliches

Die Aussperrung bei der Firma Haid & Neu

In einer am Montag vormittag glänzend verlaufenen Versammlung der Aussperrten wurde vom Arbeiterrat Bericht erstattet über die Einigungsverhandlung vor dem Schlichtungsausschuss. In einer regen Aussprache wurde das Verhalten der Direktion von allen Disziplinarebnen noch einmal scharf unter die Lupe genommen. In der darauf folgenden Abstimmung wurden 274 Stimmen abgegeben. Für Annahme des Vergleichsvorschlags des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wurden 270, gegen den Vorschlag 4 Stimmen abgegeben.

Das Wort hat nun die Direktion der Firma Haid & Neu. Falls sie diesen Vorschlag ablehnt, trifft sie die Verantwortung für das, was weiter geschieht. Die Stimmung der Aussperrten ist eine glänzende. Wenn die Firma vielleicht hofft, daß hier eine Aenderung eintritt, wird sie in den nächsten Wochen eines besseren belehrt werden.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Deutscher Holzarbeiterverband.

Reichsbahnschiedspruch verbindlich erklärt

Berlin. Im Lohnstreit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist der Schiedspruch vom 19. März 1931 für verbindlich erklärt worden.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie

Ludwigshafen a. Rh. Die Verhandlungen in der chemischen Industrie, Sektion 6, Wirtschaftsgebiet Baden und Rheinlands, fanden, der Württembergischen Post zufolge, am Freitag in Karlsruhe statt. Von den Arbeitgebern wurde ein zehnprozentiger Lohnaufschlag gefordert. Die Verhandlungen scheiterten. Das Hauptanliegen wurde seitens der Arbeitgeber angestrebt mit dem Wunsch, daß die Entscheidung noch vor den Osterfeiertagen fallen soll.

Vereinbarung in der Rheinschifffahrt

Für die Rheinschifffahrt wurde am Samstag nach langen Verhandlungen in freier Vereinbarung ein neuer Manteltarif abgeschlossen. Die Neuregelung bringt neben einer Verkürzung des Urlaubs keine wesentlichen Änderungen. — In der Lohnfrage wurde von der Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt, der die Löhne für die Seizer und Maschinisten, die bereits im vorigen Herbst um 7 Prozent gekürzt worden sind, belassen läßt, dagegen die Gehälter der ersten Maschinisten um 11 Prozent und die der Kranmaschinisten um 7 Prozent senkt. Die Neuregelung des Mantels und des Lohns sollen bis Ende März 1932 Gültigkeit haben.

Kein Generalstreik in Nordfrankreich

Paris, 30. März. Von den dem Allgemeinen Arbeiterbund angeschlossenen Verbänden der französischen Grubenarbeiter ist der Generalstreik für heute abgelehnt worden. Er soll später nur dann ausgerufen werden, wenn die von den nordfranzösischen Grubenarbeitern gemachten Zugeständnisse nicht allen französischen Grubenarbeitern gewährt werden. — Die Kommunisten rufen für heute zu einem 24stündigen Generalstreik auf, da sie jede Kürzung der Löhne ablehnen. Gemäß dieser Aufforderung haben die kommunistischen Grubenarbeiter Nordfrankreichs in drei Bezirken den Streik für heute beschlossen. Dieser Streik soll das Vorbild zu einem zeitlich unbegrenzten Streik sein, falls die Lohnsenkungen nicht endgültig rückgängig gemacht werden.

Die 7. Landesagung des Allgem. Deutschen Beamtenbundes

Im vergangenen Samstag und Sonntag in Bad Sulzbach im Rheinland im Beisein des Gesamtverbandes statt. Erhielten waren etwa 80 Delegierte, von der Bundesleitung deren 2. Vorsitzender, Kogur (Berlin). Den Geschäftsbericht erstattete Blüth (Karlsruhe), über die beamtenpolitische Lage sprach Kogur, über die Aenderung des Beamtengesetzes wegen der Dienststrafordnung Weismann (Karlsruhe), über die Krankenterversicherung der Beamten und Angestellten Graf (Bielefeld).

In drei Entschlüsse wurde Stellung genommen zur neuen Verordnung über das politische Kommando und sie bekräftigt, über etwa geplante weitere Gehaltskürzungen für die Beamten und über die Dienstzeit der Eisenbahnbeamten im inneren Dienst. — Die Tagung nahm einen recht befriedigenden Verlauf. — Ausführlicher Bericht folgt.

Betriebsratswahlen

SPD, Berlin, 27. März. (Sig. Draht.) Die Betriebsratswahlen geben den Nationalsozialisten und Kommunisten erneut Anlaß zu schweren Schlägereien und Sticheereien, um den latenten Bürgerkrieg immer mehr zu entfachen. So wurde in Ahlen in einem während der Betriebsratswahl erfolgten Zusammenstoß zwischen kommunistischen Arbeiterkolonnen und einem Nazisturmtrupp ein junger Kommunist durch einen Schuß in die Schläfe auf der Stelle getötet. Ein zweiter Kommunist wurde schwer verletzt. Auch in den Betriebsratswahlen bei der Opel-W.G. in Rüsselsheim kam es zu blutigen Zusammenstößen, als sich die Nationalsozialisten und Kommunisten gegenseitig Flugblätter abwarfen.

Trotz der gegenseitigen Befehdung richteten die Nazis und die Kommunisten bei den Wahlen stets ihren Hauptstoß gegen die freien Gewerkschaften. Allein auch diese vereinigten Angriffe haben keinen Erfolg. So behaupteten auch bei den Opelwerken die freien Gewerkschaften trotz der verminderten Belegschaft ihre Stimmenszahl, ja, sie konnten ihre Mandatssitze sogar erhöhen. Die Belegschaftsstärke ist gegenüber dem Vorjahr von 8100 auf 7500 zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften erhielten 4231 Stimmen und 17 Mandate (im Vorjahr 4811 Stimmen und 15 Mandate). Die NSD, erhielt 884 Stimmen und drei Mandate (1496 bzw. 6), der Nationalsozialist (Nazi) und Stahlhelm 436 und 1 Mandat. Die Christen 198 und kein Mandat (518 bzw. 1 Mandat). — Bei den Betriebsratswahlen in der Metallindustrie Frankfurt a. D. wurden bis auf 2 Werke ausschließlich nur freigezwergschaftliche Listen vorgeschlagen und ohne Stimmabgabe gemahnt. Die vergrößerten Bemühungen der Nazis, die Arbeiter zu erobern, sind gescheitert. Sowie läßt sich bereits an den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau feststellen. Aus insgesamt rund 180 Betrieben liegen hier für 102 ein Resultat vor. Darnach erhalten die freien Gewerkschaften 42 102 Stimmen, die Christlichen 27 584, die Kommunisten (KGD), 29 186, die Nationalsozialisten 4577, die Gelben 4097, die Christlich-Deutschen 896, die Sozialistischen 325 und die Polen 56 Stimmen. Ein abschließendes Ergebnis dürfte am Samstag vorliegen.

Bei den Betriebsratswahlen der Braunkohlenwerke Koblergrube erhielten die freien Gewerkschaften 5 Sitze (im Vorjahr 5), die NSD, 1 (2), die Christen 1 (1). Die Wahlen bei der Rheinischen Bergbau-Gesellschaft in Aachen trugen die freien Gewerkschaften 6, die Christen 1, den Nazis kein Mandat. Bei den Kalksteinwerken in Neuwied erlangen die freien Gewerkschaften 9 (bisher 8), die Christlich-Deutschen 2 (3), die Christen keines (1), die Nazis 1 (kein) Mandat.

Die „teure“ Republik - die „billige“ Monarchie

Fortwährend schwadronieren die Gegner der Republik über die angeblich viel zu teure Wirtschaft des republikanischen Staatsapparates. Immer und immer wieder gaukeln sie dem Volke vor, daß die Monarchie „viel billiger“ gearbeitet habe, aber:

Die Republikfeinde verschweigen

was folgender Vergleich lehrt:

Hindenburg
der Präsident der Republik
bezieht
jährlich 60 000 Mfl. und 120 000 Mfl. Aufwandsentschädigung.
Der Reichskanzler und die Reichsminister beziehen zusammen jährlich gut 400 000 Mfl. Der Reichstag erfordert jährlich rund 8 Millionen Mark. Die Kosten für die Länderregierungen, ihre Minister und ihre Parlamente betragen rund 15 Millionen Mark. Das sind zusammen etwa 24 Millionen Mark.

Friedrich Ebert
der verstorbene sozialdemokratische Reichspräsident, erhielt nur 53 510 Mfl.
Jahresgehalt und Aufwandsentschädigung. Obendrein verzichtete Ebert in der Inflationszeit auf einen großen Teil seiner Einkünfte. Er starb ohne Hinterlassung materieller Güter.

Im Kaiserreich hatte das liebe Vaterland also allein für seine „angestammten“ Landesherren und ihre Angehörigen Jahr für Jahr rund 51 Millionen Mark zu bezahlen. Im Kaiserreich: 51 Millionen Mark ausschließlich für die Landesherren; in der Republik: 24 Millionen für die Regierungen und Parlamente der ganzen Republik! Wobei immer noch zu berücksichtigen ist, daß diese 24 Millionen Mark nach der zurückgegangenen Kaufkraft des Geldes höchstens 15 Millionen Mark ihres Friedenswertes darstellen. Und wobei weiter zu berücksichtigen ist, daß Reichspräsident und Reichsminister je ein paar Monaten auf 20 Prozent ihrer Gehälter verzichtet haben.

Wilhelm der Zweite

deutscher Kaiser, König von Preußen.

bezog
jährlich 23 Millionen Goldmark.
Der König von Bayern jährlich 6 900 000 Mfl.
Der König von Sachsen „ 4 407 000 „
Der König von Württemberg „ 2 400 000 „
Großherzog von Baden „ 1 739 000 „
Großherzog von Hessen „ 1 840 000 „
Großherzog von Sachsen-Weimar „ 1 020 000 „
Großherzog von Oldenburg „ 665 000 „
Herzog von Braunschweig „ 1 125 000 „
Herzog von Sachsen-Meiningen „ 814 000 „
Herzog von Anhalt „ 990 000 „
Herzog von Koburg-Gotha „ 515 000 „
Fürst von Lippe „ 500 000 „
Beide Mecklenburg (Schäzungsweise) „ 5 000 000 „

Im Kaiserreich hatte das liebe Vaterland also allein für seine „angestammten“ Landesherren und ihre Angehörigen Jahr für Jahr rund 51 Millionen Mark zu bezahlen. Im Kaiserreich: 51 Millionen Mark ausschließlich für die Landesherren; in der Republik: 24 Millionen für die Regierungen und Parlamente der ganzen Republik! Wobei immer noch zu berücksichtigen ist, daß diese 24 Millionen Mark nach der zurückgegangenen Kaufkraft des Geldes höchstens 15 Millionen Mark ihres Friedenswertes darstellen. Und wobei weiter zu berücksichtigen ist, daß Reichspräsident und Reichsminister je ein paar Monaten auf 20 Prozent ihrer Gehälter verzichtet haben.

Das Arbeitsamt

als Vermehrer der Arbeitslosigkeit

Der Zentralverband der Angestellten hat angesichts der vielen gemeldeten Missetaten eine Erhebung bei seinen Verwaltungsangestellten der einzelnen Arbeitsämter vornehmen lassen und ganz unangenehme Zustände feststellen müssen. Seit Bestehen der Reichsanstalt kämpft der Zentralverband der Angestellten nachdrücklich gegen die Schmach, die in der Tatfrage liegt, daß die Reichsanstalt die unangenehmsten Überforderungen an ihr Personal stellt. Das ist um so unerträglicher angesichts der Tatsache, daß Hunderttausende Angestellte arbeitslos sind. Die Reichsanstalt, deren soziale Funktion die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, betätigt sich hier als eine Einrichtung, die zum mindesten die Arbeitslosigkeit nicht im Kernpunkt bekämpft, sondern durch die zum Teil nicht bezahlten Überstunden die Arbeitslosigkeit noch vermehrt. Diese mahllose Bestimmung von Überstunden nimmt, wie in jedem anderen Betriebe, arbeitslosen Angestellten die Arbeitsmöglichkeit. Auch für die Reichsanstalt gilt deshalb die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Es würde hier besser an, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Statt dessen erleben wir, genau wie in den vorangegangenen Jahren, vorerst einen Kampf um die relative Senkung des Personalbestandes. Eine absolute Senkung ist bei der steigenden Arbeitslosigkeit natürlich unmöglich. Deshalb versucht man durch erhöhte Anforderungen das Verhältnis des Personals zur Zahl der zu betreuenden Arbeitslosen zu senken.

Was sich bei der Erhebung des Z.d.A. über die Zahl der zu bewältigenden, angeordneten und nicht direkt angeordneten, aber verlangten Überstunden ergab, spottet jeder Beschreibung. Im Verwaltungsamt der Reichsanstalt hat auch ein Vertreter des Afa-Bundes, gestützt auf dieses Material, eine vernichtende Anklage erhoben. Ein paar Tatsachen genügen, um die örtliche Praxis darzulegen. Durch eine Verbrechung tatsächlicher Erfordernisse werden insofern wohl die Überstunden aus der Welt geschafft, daß man einfach verläßt, daß nur in begrenztem Umfang Überstunden anzuordnen sind. Die in angeordneten Überstunden sind die regulären Überstunden, von denen man offiziell Kenntnis nimmt. Der Rest, und das ist in diesem Falle die gemaltene Mehrzahl der Überstunden, sind sogenannte „freiwillige“ Überstunden, d. h. sie werden weder durch Freizeit noch durch Bezahlung abgegolten. Das sieht dann in der Praxis folgendermaßen aus:

„In einem Monat wurde Überarbeit bei einer Dienststelle nicht angeordnet. Sowohl in der Versicherungsabteilung als auch in der Kasse mußte zur Bewältigung der angefallenen Arbeit freiwillige erhebliche Überarbeit geleistet werden, um die Arbeiten bewältigen zu können und zwar in der Kasse 210 und in der Versicherungsabteilung 325 Stunden. Es kam wiederholt vor, daß von einer Kraft 8 Überstunden an einem Tage geleistet wurden.“

Der Bericht der Vorsitzenden eines kleinen Arbeitsamtes an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes. Der Arbeitsamtsdirektor darf auf Grund der Verfügung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes keine Überstunden anordnen; ohne Überstunden sind jedoch die Arbeiten nicht zu bewältigen, weil nicht genügend Personal vorhanden ist. Folglich müssen „freiwillige Überstunden“ geleistet werden.

Ein anderer Präsident verbietet zwar nicht die Überstunden, sondern er verbietet nur die bezahlten Überstunden, indem er bestimmt, daß notwendige Überstunden nur angeordnet werden dürfen, wenn diese durch Freizeit abgegolten werden. Der Präsident eines Landesarbeitsamtes muß wohl annehmen, daß die Arbeiten ruhig liegen bleiben können, bis die Überstundengenehmigung vorliegt, denn er muß sich in seiner Verfügung an, monatelang vorher zu wissen, welcher Arbeitsanfall eintreten wird, da er für notwendige Hilfskräfte im voraus Anordnungen treffen will. Die Arbeitslosen sind sicher anderer Auffassung, und es ist ein Glück, daß das Personal auch anders darüber denkt. Zählt man die Überstunden, bezahlte und unbezahlte, angeordnete und „freiwillige“ zusammen, dann geht in die Hunderte allein für die kurze Zeit von einem Vierteljahr bei einem Arbeitsamt. Da gibt es sogar häufig keinen Unterschied zwischen Werktag und Sonntag, zwischen Tagarbeit und Nachtarbeit. Und, damit man nach oben hin kein Gewissen haben kann, hat man in einzelnen Arbeitsämtern entgegen der Wahrheit sich von den Angestellten eine Erklärung unterschreiben lassen, daß sie keine Überstunden geleistet hätten, die nicht von der Dienststelle angeordnet waren. Der Arbeitsamtsdirektor solcher Dienststellen müßte doch wissen, daß die Unrichtigkeit der Wahrheit nicht entspricht. Der Angestellte hat dort doch nur unterschrieben, da er befürchtete, herauszufallen. Es ist bezeichnend unmoralisch, daß man einen Angestellten zu einer solchen Unterschrift nach Lage der Sache zwingt. Alle Verantwortlichen — und dazu gehören auch die Verwaltungsausschussmitglieder — müssen dafür Sorge tragen, daß das Überstundenwesen in der Reichsanstalt endlich einmal beseitigt wird. Die gleiche Pflicht obliegt ihnen auch bei der Vermendung arbeitsloser Angestellter als Hilfskräfte in den Arbeitsämtern und bei der Durchführung jener ominösen Ausbildungsstufen von arbeitslosen Angestellten in den Arbeitsämtern. In beiden Fällen handelt es sich, wie im Verwaltungsamt der Reichsanstalt festgestellt wurde, um mißbräuchliche Formen der Vermendung arbeitsloser Arbeiter durch arbeitslose Angestellte, ohne sie dafür zu bezahlen. So darf es nicht weiter gehen!

Berliner Zeitungsprozess

Georg Bernhard und Ullstein

In einem sensationellen Zeitungsprozess, den der bekannte Journalist Georg Bernhard gegen Franz Ullstein angestrengt hatte, ist in Berlin etwa 10 Tage lang darüber debattiert worden, ob die frühere Frau von Dr. Franz Ullstein, die seit während der ganzen Verhandlung in der ersten Reihe der Zeugenbank saß, eine Spionin ist oder nicht. Daß Hof Grafenbergs diesen ebenfalls abenteuerlichen wie moralisch schwierigen Beruf betreibe, war im privaten Kreise von Georg Bernhard, dem früheren Chefredakteur der Völkischen Zeitung, in stielich bestimmter Form behauptet worden. Es war Georg Bernhard nicht möglich, in der langen Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte die Beweise für die Beschuldigung des Spionagerichtes zu erbringen.

Auf der Anklagebank dieses Prozesses saß indes gar nicht Georg Bernhard, sondern vor seinen Brüdern über Nacht aus dem Generaldirektorium des Ullstein-Berlauer entfernte Dr. Franz Ullstein. Franz Ullstein ist der Beschuldigung angefallen gewesen. Er hat nämlich in Schriftsätzen (sowie in zwei Artikeln einer Berliner Wochenzeitschrift eine Darstellung seines Falles verbreitet, die dem moralisch sehr schwerwiegenden indirekten Vorwurf enthielt, daß sich Georg Bernhard bei seiner Aktion gegen ihn und Hof Grafenbergs benutzt geschäftlichen Materials bedient habe. Dabei verriet Franz Ullstein demselben Fehler wie vorher Georg Bernhard selbst: sein Temperament und seine verächtliche Erbitterung lieh ihm mehr Logik, als er vor dem Richterlich rechtfertigen konnte.

Trotz der ausführlichen Debatten und Vernehmungen ist der Tatbestand des so tragischen Prozesses, bei dem der berühmte Separatist Matthes in Paris seine Hände im Spiel hatte, im Grunde ungeklärt geblieben.

Bereits im Laufe der Verhandlung, deren rhetorische Schlüsselpunkte ein neunmadriges, besonders im Schluss sehr gesteigertes Plädoyers Rechtsanwalts Albers und eine gleichfalls recht angestrichelte Rede Georg Bernhards bildeten, brachte der Richter zum Ausdruck, daß er nicht im geringsten an der Ehrenhaftigkeit der Motive Georg Bernhards auf Grund der Kenntnis seiner Persönlichkeit, seiner politischen Bedenken und seines journalistischen Wertes zweifelte. Georg Bernhards dürfte mit dieser Erklärung sehr zufrieden gewesen sein, denn ihm, dem früheren Chefredakteur, Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, kam es vor allem auf die moralische Rehabilitierung und auf die äußerliche Feststellung an, daß ihm fälschlicherweise vollkommen fern liegen. Dieser Beweis dürfte durch die Gerichtsverhandlung klar erbracht sein, wenn auch im Urteil die Angeklagten Dr. Franz Ullstein und der Redakteur Josef Bernheim von der Anklage der Beschuldigung freigesprochen wurden.

Sport

Um die süddeutsche Verbandsmeisterschaft

Mannheim-Neckarau — Freie Turnerschaft München 4:2 (2:0). Der Sieg des badischen Meisters über den süddeutschen Meister ist unbedingt als verdient zu bezeichnen. 1800 Zuschauer sahen einen jederseits spannenden Kampf.

Uerbach — Nürnberg-Dt. 1:5 (1:4)

Wie zu erwarten war, gewann der Bundesmeister auch in seinem letzten Spiel um die süddeutsche Verbandsmeisterschaft gegen den Hessenmeister Uerbach 5:1 (4:0).

Der Stand der Mannschaften ist nach Beendigung der Spiele folgender: 1. Nürnberg-Dt., 2. Neckarau, 3. Neckargartach, 4. Uerbach, 5. München.

Die Arbeiterturnvereine Annelingen und Nappurr

trafen sich an den beiden letzten Sonntagen zu einem Freundschaftsspiel. Annelingen, der starke Bundesmeister 1929 und 1930 und Nappurr einer der stärksten Vereine im Gau 21 der Arbeiterturnvereine, Annelingen mit seinen seit Jahren trainierenden Schülern dabei die Bundesmeistermannschaft. Nappurr hat erst seit einem Vierteljahr Gelegenheit zum intensiven Training auf seinem neuerbauten Sportplatz. So muß gefast werden, daß sich die Nappurrer A-Mannschaft aus gehalten, gelang es ihr doch, Annelingen auf deren eigenem Platz am ersten Sonntag mit 19 Minuten Unterschied zu schlagen. Am letzten Sonntag nahm man Annelingen eine Umkleidung vor und konnte mit 40 Minuten Unterschied Nappurr schlagen. Die Nappurrer B- und C-Mannschaften müssen noch sehr fleißig trainieren, wenn sie in den nächsten bestimmten Bezirkskämpfen mitreden wollen. Die Resultate sind folgende: Freundschaftsspiel Annelingen in Nappurr am 22. März 1931: A-Mannschaft Nappurr 7:17 Ninge, Annelingen 7:28 Ninge, B-Mannschaft Nappurr 5:1 Ninge, Annelingen 7:28 Ninge, C-Mannschaft Nappurr 4:2 Ninge, Annelingen 6:0 Ninge. Freundschaftsspiel Annelingen in Nappurr am 29. März 1931: A-Mannschaft Nappurr 7:28 Ninge, Annelingen 7:28 Ninge, B-Mannschaft Nappurr 5:6 Ninge, Annelingen 6:4 Ninge, C-Mannschaft Nappurr 4:2 Ninge, Annelingen 5:3 Ninge. Befondere Anerkennung finden die Schiedsrichtersarbeiten des Freien Schieds- und Arbitragevereins Nappurr, mit deren Betätigung sich der Verein auch beschäftigt. Am 1. und 2. August 1931 wird in Nappurr Stand- und Kreiswettbewerb stattfinden und es muß nicht bezweifelt werden, daß die Anlage eine der besten Sportstätten im Reich ist zu werden vermag.

Aus dem Reich der Technik

Neue Personenzugwagen der Reichsbahn Ruhiger Lauf durch Drehgestelle

Wenn man sich die Entwicklung des Eisenbahnwesens im letzten Jahrzehnt näher beseht, gewahrt man bald, daß alle fortschrittlichen Bestrebungen im Grunde weniger der Geschwindigkeitserhöhung galten, als vielmehr der Steigerung der Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Reisens. In Deutschland sind diese Bestrebungen im

Achse plötzlich ein wenig nach unten. Dem ganzen Wagen wird ein Ruck nach unten erteilt. Fährt aber ein Drehgestellwagen über eine Stoßfuge, so lenkt sich im Moment des Ueberfahrens zwar auch die eine Achse eines Drehgestells, aber die andere Achse im gleichen Drehgestell ist noch unbeeinträchtigt und dämpft den Ruck ganz erheblich ab; sie hält

gewissermaßen den Wagen auf gleicher Höhe und dämpft dadurch das Abkippen über die Stoßfuge. Und so ist es bei allen anderen Ungleichmäßigkeiten der Strecke auch. Daher kommt der ruhige Lauf der D-Zugwagen, auch bei höheren Geschwindigkeiten; denn die Geschwindigkeit spielt natürlich eine wesentliche Rolle. Je höher sie ist, um so mehr tritt bei den alten zwei- und dreiaxigen Wagen das Schütteln und Rütteln hervor. Während der Reisende in diesen alten Wagen zum mindesten festkrank würde, wenn er mit Fahrgeschwindigkeiten über 100 Stundenkilometern über eine Durchschnittsstrecke fahren müßte, zeigen die neuen Drehgestell-Personenzugwagen, die also vierachsige Wagen sind, noch bei Geschwindigkeiten von 140 Stundenkilometern einen außerordentlich ruhigen, angenehmen Lauf.

Wenn man bei den Versuchsfahrten so hohe Geschwindigkeiten einhält, so geschieht das nicht etwa, weil man eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit beabsichtigt, sondern nur aus einem Wagen, der bei diesen Geschwindigkeiten ruhig und bequem läuft, zeigt erst recht bei

Die Wagen 3. Klasse haben zwei- und dreifache Bänke, die dreifache Bänke wird jedoch beim normalen Reiseverkehr nur mit zwei Reisenden besetzt sein. Abb. 3 gibt einen Einblick in einen der neuen Wagen 3. Klasse. Die Wagen sind mit einer hellen elektrischen Beleuchtung versehen, die nach der Art des kombinierten Dynamo-Batteriebetriebes arbeitet und für jeden Wagen selbständig ist.

Die neuen Wagen, von denen gegenwärtig bereits 1000 Stück fertiggestellt sind und sich 800 weitere im Bau befinden, werden zunächst in die Sitzzüge und die über größere Entfernungen verkehrenden Personenzüge eingeleitet werden. Man rechnet damit, daß im Herbst d. J. alle Sitzzüge aus den neuen Wagen gebildet sein werden. In den kommenden Jahren sollen dann die neuen Wagen mehr und mehr an die Stelle der heutigen zwei- und dreiaxigen Personenzugwagen treten, bis diese schließlich durch Ausmusterung ganz verschwunden sind. Die Bauart der D-Zugwagen bleibt unverändert.

Für die Untersuchung ihrer Wagen auf Fahreigenschaften hat die Reichsbahn in ihrer Wagenversuchsanstalt Grunewald spezielle Mehrgewichte entwickelt, in denen alle technischen Kenngrößen, die zur Charakterisierung der Eigenschaften eines Eisenbahn-Personenzugwagens gehören, während der Fahrt laufend aufgezeichnet werden. Die Aufzeichnungen erlauben ein völlig objektives Urteil über die Qualitäten der Personenzugwagen und der Strecke und, wenn sie auf einer gut bekannten Strecke ermittelt wurden, lassen sie auch bindende Schlüsse über die Eigenschaften der Wagen allein zu.

Mehr Sicherheit im Bergbau!

Die furchtbaren Bergwerksunglücke der letzten Monate haben in allen Kreisen der Öffentlichkeit den Ruf nach beschleunigter Erforschung aller Mittel gemacht, welche die Sicherheit im Bergbau nur irgend zu steigern vermögen. Unter dem Eindruck der entsetzlichen Opfer sind die Zweifel nur zu verständlich, ob sich die Wissenschaft bisher in ausreichendem Maße für die Verminderung der vielen Gefahrenquellen des Bergbaues eingesetzt habe. Gerade in Anbetracht dessen dürfte es gut sein, auch einmal nachdrücklich auf die unbestreitbaren Erfolge hinzuweisen, die der Forschung bisher auf diesem Gebiet beschieden waren.

Seit langem schon sind für die Sicherung gegen die Gefahren des bergmännischen Betriebes auf den Gebieten der Schlagwetterbekämpfung und der Schachtförderung umfassende Forschungsarbeiten durchgeführt worden. An erster Stelle ist die Schlagwetter- und Kohlenstaubforschung zu erwähnen. Sie hat in Deutschland begonnen mit den Arbeiten der Preussischen Schlagwetter-Kommission in den Jahren 1881 bis 1885 und ist dann fortgesetzt worden durch den Bau verschiedener Versuchsstrecken bei Dortmund, Reuthen usw. Diese Versuchsanlagen dienten zunächst dazu, die Sicherheitsgrenzen für Sprengstoffe gegen Schlagwetter und später auch gegen Kohlenstaub zu ermitteln. Ferner wurde untersucht, wie durch Sicherheitslampen und Kapelung der Elektromotoren Schlagwetterentzündung vermieden werden kann. Schließlich wurden die Versuchsstrecken weiter ausgebaut, um die Ursachen und Wirkungen von Grubenexplosionen im einzelnen zu erforschen.

Diese Forscherstätigkeit hat sich nach den verschiedenen Richtungen hin nützlich ausgewirkt. Erwähnt seien die Verbesserungen der Wetterführung, die dahin geführt haben, den Wetterstrom aufsteigend zu führen, die Wettermengen zu steigern, Gasanreicherungen im Reberschluß der Wetterstrecken zu verhüten und Kurzschlüsse bei der Wetterführung zu vermeiden. Bei der Schieferheit ist die zulässige Grenzladung, das zuverlässigste Zündverfahren und die sicherste Art der Durchführung ermittelt worden. Auf dem Gebiet der Beleuchtung hat man die Zündung der Grubenlampen in Verbindung mit zuverlässigen Verschlusseinrichtungen eingeführt; später wurden Drahtforblampen durch elektrische Grubenlampen ersetzt. Elektromotoren und elektrische Hilfsgeräte wurden schlagwettericher durchgebildet. Als allgemeine Maßnahme gegen den Kohlenstaub ist die Verlebung der staubführenden Räume und später an deren Stelle die Verdünnung des Kohlenstaubs durch Gesteinstaub eingeführt worden.

Diesen auf rastlosen und ausgedehnten Untersuchungsarbeiten beruhenden Betriebsverbesserungen ist das schöne Ergebnis beschieden gewesen, daß die Kohlenförderungsmenge, die auf einen durch eine Explosion Geblöten entfiel, rund 1,65 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1928 gegenüber rund 1/2 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1881 bis 1890 betrug. Die Zahl der Todesopfer ist also bei der Gewinnung der gleichen Kohlenmenge auf weniger als den dritten Teil gegenüber früher gesunken.

Dieser Fortschritt ist um so höher zu bewerten, als in der Zwischenzeit der Steinkohlenbergbau rasch in größere Tiefen vorgedrungen ist und dadurch die Gas-, Wetterungs- und Staubschwierigkeiten erheblich gesteigert worden sind.

Auch Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Schachtförderung sind seit 1905 durchgeführt worden. Die mannigfachen Untersuchungen der Bochumer Forschungsstelle bewirkten, daß zur Anfertigung der Seile hochwertiger Werkstoff verwendet wurde. Auch das Herstellungsverfahren des Seils wurde verbessert, so daß das Seil immer vollkommener den jeweiligen Förderungsverhältnissen angepaßt werden konnte. Außerdem ist die Behandlung und Beaufsichtigung der Seile im Betriebe immer weiter verbessert worden. Für die Bedeutsamkeit dieser Arbeiten spricht anschaulich die Tatsache, daß von den während eines Jahres im Oberbergamtsbezirk Dortmund außer Gebrauch gelehnten Förderseilen im Jahre 1872 noch 19,3 Proz. wegen Bruchs abgelegt werden mußten, während dieser Anteil heute auf 0,5 bis 1 Proz. zurückgegangen ist.

Die wenigen Angaben dürften bereits zeigen, daß die Bergbauforschung trotz aller Rückschläge, die wir immer wieder erleben müssen, doch manche bedeutenden Erfolge für sich zu verbuchen hat. Um so dringlicher ist die Förderung nach einem verstärkten Einsatz aller Mittel, die es der Wissenschaft ermöglichen, neue Erkenntnisse zur Anwendung der entsetzlichen Gefahren zu sammeln und sie in kürzester Zeit dem Bergbau selbst nutzbar zu machen.

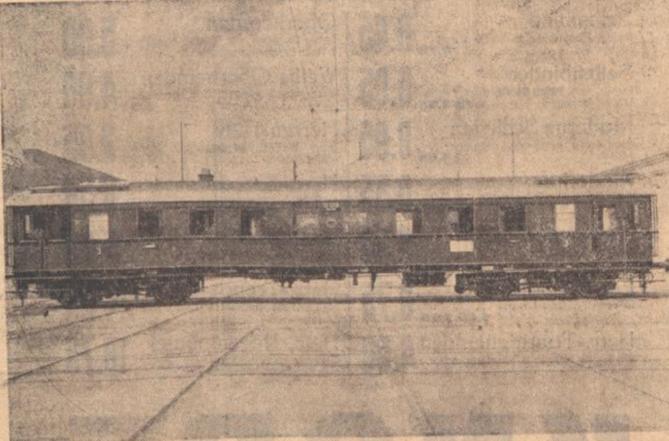


Abb. 1. Die neuen Personenzugwagen der Reichsbahn sind vierachsige Drehgestellwagen mit einem Mitteldurchgang und Türen an den Wagenenden.

Personenzugverkehr nicht so stark zum Ausdruck gekommen, weil als Folge des Verfallens Betrages 10 000 Personenzugwagen für Schnellzüge abgeliefert werden mußten, so daß bei der Neubeschaffung vor allem die Schnellzugwagen berücksichtigt werden mußten. Erst in letzter Zeit begann man auch zeitgemäße neue Personenzugwagen durchzubilden. Die Einführung des Zweiflächensystems hat ihre Ausgestaltung wesentlich beeinflusst, denn durch diese Maßnahme wurde es möglich, größere (d. h. längere) Wageneinheiten zu bauen.

Der längere Wagen aber braucht ein sehr lenkfähiges Drehgestell; die bisher bei den zwei- und dreiaxigen Personenzugwagen üblichen sogenannten Vereinslenkachsen reichen dafür nicht aus. Man mußte zum Drehgestell übergehen. Der Drehgestellwagen liegt an beiden Wagenenden auf Drehgestellen, das sind Fahrgestelle, die zwei Achsen in ziemlich kurzem Abstand miteinander verbinden. Abb. 1, die einen der neuen Personenzugwagen zeigt, läßt die beiden Drehgestelle erkennen. Auf jedem dieser Drehgestelle liegt der Wagen in einem Drehpunkt. Durchfährt er also eine Kurve, so kellen beide Drehgestelle sich in die Richtung der Kurve ein und verdrehen sich dabei entsprechend gegen den Wagenkasten.

Diese Drehgestelle, wie sie übrigens bei D-Zugwagen seit langem verwendet werden, haben den Vorzug, dem Wagen einen sehr ruhigen Lauf zu verleihen. Man kann das leicht einsehen, wenn man bedenkt, daß jeder Ruck und Stoß — und das sind gerade diejenigen Beanspruchungen, die am unangenehmsten vom Reisenden empfunden werden — von Ungleichmäßigkeiten der Strecke herrührt. Betrachten wir beispielsweise einen Schienenstoß, d. h. die zwischen zwei aneinanderstoßenden Schienen sich befindende Ausdehnungsfuge. Fährt ein zweiachsiger Wagen über eine solche Stoßfuge, so lenkt sich im Moment des Ueberfahrens die betreffende



Abb. 3. Blick in einen Wagen der III. Klasse, die mit ihrer freundlichen Eichenholztäfelung, ihrer hellen elektrischen Beleuchtung und den komfortablen Aborteinrichtungen in wohlthuendem Gegensatz zu den bisherigen Wagen III. und der ehemaligen IV. Klasse stehen.

den normalen Fahrgeschwindigkeiten wünschenswerte Fahreigenschaften.

Die neuen Wagen, die den D-Zugwagen ähnlich sehen, sind als Durchgangswagen ausgestaltet. Die Durchgangsform hat den großen Vorzug, einen bequemeren Ausgleich der Belegung der Abteile zu ermöglichen, sie erschwert im Vergleich zum Einzelabteilwagen die Verabung der Reisenden und erlaubt eine erheblich stabilere Konstruktion, weil die Türöffnungen in den Längswänden fortfallen. Die neuen Wagen sind in Ganzstahlbauart ausgeführt, sie besitzen verstärkte Stirnwände (Verstärkung durch logen, Kammskonstruktion), die dem Wagen eine derartige Festigkeit geben, daß auch bei schweren Zusammenstößen nur die Vorräume eingedrückt werden und das verhängnisvolle Zusammenstoßen. Aneinanderschleiben der Wagen verhindert wird. Die Einstiegtüren sind an den Wagenenden angeordnet (Abb. 2) und zwar besitzen die Wagen 3. Klasse an jedem Ende und auf jeder Seite zwei Türen, die Wagen 2. Klasse eine. Die Türen führen zu Vorräumen, an die sich die Mittelgänge anschließen. Die Innenausstattung der Wagen ist in Holz ausgeführt, weil Holz gut gegen Geräusche isoliert und den Wagen wärmehaltiger macht. Die 3. Klasse hat eine Täfelung aus naturpoliertem Eichenholz, die 2. Klasse hat eine Ruhbaumausstattung. Die Abort- und Waschräume sind ganz in weiß gehalten und reichlich bemessen. Sie sind mit den bei den neuen D-Zugwagen erprobten Wasserpumpen und Wascheinrichtungen ausgestattet. Auch Handtücher werden bereitgehalten.

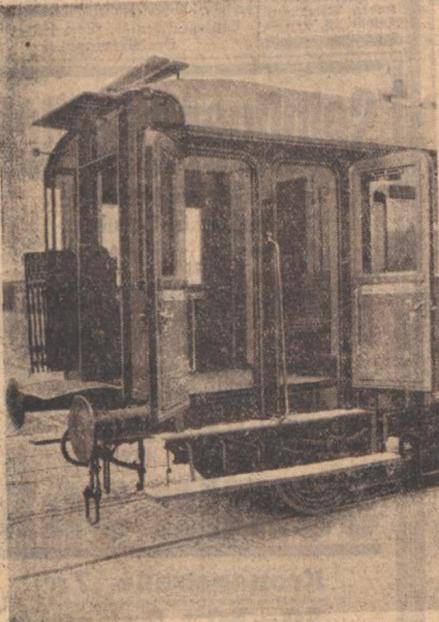


Abb. 2. Einstiegtüren beim Wagen III. Klasse.

Sozialdemokratie Mittelbadens im Vormarsch

In städtischer Zahl hatten sich die Delegierten unserer mittelbadischen Parteiorganisationen am Sonntag früh im „Friedrichshof“ in Karlsruhe eingefunden, um Bericht zu hören über den Stand der Partei und Stellung zu nehmen zum Parteitag in Leipzig. Ein erfreuliches Bild bot wieder dieser starke Besuch, der durch eine gute Teilnahme jüngerer Genossen eine besondere Note erhielt. Es ist ja nun nach einer Periode einer gewissen Stagnation ein erfreuliches Aufschwung, wie im ganzen Reich, so auch in unserem mittelbadischen Bezirk festzustellen. Die Partei hat die Offensive ergriffen. Haben die Reichstagswahlen die Gefahr gesetzt, die Volk und Vaterland und der Arbeiterbewegung drohen, wenn die Hitlerer die Macht erränge, so haben die Gemeindevahlen erneuten Kampf gebracht und der Ausgang dieser Wahlen hat in den meisten Orten auch Nationalsozialisten auf die Reichsäuler gebracht, unsere Genossen hatten Gelegenheiten, die Arbeiter und hinterhältigen Gegner und Feind der Arbeiterklasse zu stellen. Und allerorten nehmen die Genossen freudig und entschlossen den Kampf auf. Der Nationalsozialismus zeigte sich wieder als ein Teil jener Macht, die das Böse will und das Gute schafft, denn er hat der Arbeiterbewegung, den Sozialisten, einen mächtigen Auftrieb gegeben. Die Gefahr rüttelte die Massen auf und es wird nicht mehr lange werden und der heimtückische Feind vom Hofenkreuz wird geschlagen sein.

Alle Dinge, alle Niedertracht hat der Partei nichts anhaben können. Sie marschiert weiter! Das zeigte der Bericht unseres Parteisekretärs Trinks über die Entwicklung der Partei in den letzten Jahren. Trotz Angriffen von allen Seiten, trotz Wirtschaftskrisis, trotz Arbeitslosigkeit, dennoch ein Aufschwung, Gründung einer ganzen Reihe neuer Ortsvereine, Zunahme an männlichen und weiblichen Mitgliedern, die Arbeiterjugend sich prächtig entwickelnd, lebhaft pulsierendes Leben auf der ganzen Linie. Das war die Tendenz des ausgezeichneten Geschäftsberichts, der auch ein Bild umfangreicher und intensiver Werbearbeit des Sekretariats gab. Das die Arbeit auch zur Zufriedenheit der Genossen ausgefallen zeigte die Diskussion, in der keinerlei Kritik geübt, sondern nur einzelne Wünsche vorgebracht wurden.

Mitten hinein in das Gebiet der aktuellen Politik führte das Referat des Gen. Reichstagsabgeordneten Dr. Marum und nachher ein Schlusswort des Gen. Reichstagsabgeordneten Schäpflin. In der bei diesen Rednern gewohnten offenen und freimütigen Weise gaben sie ein klares Bild der politischen Lage und der politischen Entwicklung im letzten halben Jahre. Sie wiesen schwere und durchschlagende Argumente für die Richtigkeit der Haltung der Reichstagsfraktion vorzubringen. Kampf dem Faschismus und Abwehr des Faschismus war das Ziel der Politik der Partei und der Reichstagsfraktion. Und der Erfolg hat gezeigt, daß die Politik eine richtige war. Auch das Verhalten der Genossen, die gegen den Beschluß der Fraktionsmehrheit handelten, wurde im Interesse der Geschlossenheit der Partei mit Recht kritisiert. Die Reden der beiden Genossen brachten eine Fülle Material, eine Fülle Belehrung und Wissen, das die Delegierten mit Dank entgegennahmen. — In der sachlichen Aussprache wurde zwar in einigen Punkten eine gegenläufige Auffassung befaßt, aber die Mehrheit der Konferenz stand zu den Darlegungen des Gen. Dr. Marum. Die eingebrachte Resolution hatte eine sehr starke Mehrheit zu verzeichnen.

Die Konferenz war ein trefflicher Auftakt zur neuen Arbeit draußen in den Gemeinden. Eine Fülle Material wurde den Delegierten gegeben. Mögen sie es nun verwenden im Kampfe mit den Gegnern, in der Werbearbeit für die Partei, in der Verwirklichung der Parteiziele für 1931: **Wo bleibt der zweite Mann?** Die Konferenz wurde von dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Gen. Suna-Karlsruhe eröffnet und geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Führer Hermann Müller einen herrlichen Nachruf; in gleicher Weise gedachte er auch des kürzlich verstorbenen Gen. Stadtrat Gen. Karlsruhe. Die Delegierten hörten die Nachrufe stehend an. Die vorliegende Tagesordnung wird genehmigt. Erster Punkt ist:

Bericht über Organisation und Agitation im Bezirk Mittelbaden seit 1927 bis Ende des Jahres 1930

Berichterstatter ist Parteisekretär Trinks, der in großen Zügen über die leitende Entwicklung im Bezirk berichtete. Die damalige Zahl der im Bezirk Mittelbaden bestehenden Ortsvereine betrug 128. Ende des Jahres 1927 betrafen wir 131 Ortsvereine, ebenso 131 Ortsvereine Ende des Jahres 1929. Ende des Jahres 1929 waren es 130 Ortsvereine. Ende des Jahres 1930 132 Ortsvereine. Heute beträgt die

Zahl der Ortsvereine 137

Es ist dies die höchste Zahl der Ortsvereine, die bisher erreicht wurde. In einer Anzahl Orte ohne Ortsvereine besitzen wir Vertrauensleute, mit denen wir in steter Fühlung sind. Die Arbeitslosigkeit, unter der einige Bezirke mit Spezialarbeitern besonders leiden, hemmt die zahlenmäßige Entwicklung der Partei außerordentlich. Die Gesamtschau der Ortsvereine verteilt sich auf die Amtsbezirke wie folgt:

Karlsruhe 24 bei 32 Gemeinden, Bretten 10 bei 23 Gemeinden, Bruchsal 18 bei 35 Gemeinden, Bühl 7 bei 49 Gemeinden, Ettlingen 12 bei 21 Gemeinden, Offenburg 7 bei 34 Gemeinden, Rehl 8 bei 33 Gemeinden, Oberkirch 3 bei 21 Gemeinden, Forstheim 18 bei 35 Gemeinden, Rastatt 25 bei 50 Gemeinden.

Der Agitationsbezirk Mittelbaden besitzt insgesamt 333 Gemeinden, Ortsvereine und Vertrauensleute haben wir in insgesamt 166 Orten, so daß wir mit der Hälfte der Gemeinden unseres Bezirks dauernd in Verbindung stehen und mit Agitationsmaterial versorgen.

Im Oktober 1926 betrug die Mitgliederzahl im Bezirk 7005 männliche und 738 weibliche Mitglieder. Ende 1930 zählten wir 7314 männliche und 1013 weibliche Mitglieder. Die Zunahme seit Oktober 1926 beträgt also 309 männliche und 275 weibliche, zusammen also 584 Mitglieder. Die prozentuale Zunahme an weiblichen Mitgliedern ist eine weit größere und stetigere. Ingesamt ist also während der Berichtszeit eine zwar nicht gewaltige aber **klare Aufwärtsentwicklung** festzustellen, die bei einer wirtschaftlich günstigeren Situation zweifellos ein viel größeres Ausmaß angenommen hätte.

Die Arbeitslosigkeit, von der namentlich im letzten Jahre der Berichtszeit auch außerordentlich zahlreiche Parteigenossen betroffen wurden, hat naturgemäß auf die Beitragsleistung sehr ungünstig gewirkt. In dem Bericht vom Oktober 1926 konnte eine Leistung von 62 016 Beiträgen von männlichen Mitgliedern im dritten Quartal 1926 festzustellen werden. In dem folgenden Quartal stieg die Beitragsleistung zwar, kam dann, wie wieder bis zum ersten Quartal 1929, wo wir 79 061 Beiträge für männliche Mitglieder an den Landesvorstand abführen konnten. Von diesem Quartal ab setzte aber eine harte rückläufige Bewegung in der Beitragsleistung ein. Das vierte Quartal 1930 brachte nur noch 58 833 Beiträge von männlichen Mitgliedern, also rund 15 200 Beiträge weniger als im ersten Vierteljahr 1929, 1 1/2 Jahre früher. Die Beitragsleistung für weibliche Mitglieder zeigt ein anderes Bild. Zu Beginn der Berichtszeit — drittes Quartal 1926 — konnten wir 8596 Beiträge für weibliche Mitglieder nach Mannheim verrechnen. Im ersten Quartal 1929 war die Höchstleistung mit 12 500 Beiträgen erreicht. Von nun ab bleibt trotz der wesentlichen Verschlechterung der Wirtschaftslage die Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder regel-

mäßig stabil. Das vierte Quartal 1930 brachte gegenüber der Höchstleistung nur eine geringe Abnahme, und gegenüber dem Ausgangspunkt — drittes Quartal 1926 — eine Steigerung von 2334 Beiträgen, während bei der Beitragsleistung für männliche Mitglieder gegenüber dem Ausgangspunkt ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist. — Während der Berichtszeit fanden

5 Wahlkämpfe

hat, und zwar Gemeindevahl November 1926, Reichstagswahl 1928, Landtagswahl 1929, Reichstagswahl 1930, Gemeindevahl 1930. Diese 5 Wahlkämpfe erforderten die Veranstaltung von 1364 öffentlichen Versammlungen, 22 Demonstrationen, 48 Filmvorführungen, 104 Lautsprecherkonzerten, die Platzierung von 54 300 Plakaten aller Größen, die Verbreitung von 3 1/2 Millionen Flugblättern, zahlreicher Broschüren, mehrere Hunderttausend des Blattes „Mann der Erwerbslosenfront“ und noch verschiedener kleinerer Materials. Ferner wurden seit der Landtagswahl — vorher leitete das Sekretariat keine Vereinfachungsmaßnahme — eine halbe Million Broschüren zur Vorbereitung der öffentlichen Versammlungen verbreitet, die im Sekretariat hergestellt wurden. 380 Grammophonplatten wurden den Ortsvereinen zur Verfügung gestellt, ferner 1200 Fahnen und Fahnenhaken. Umfangreiche Mittel waren zur Durchführung dieser Wahlkämpfe erforderlich, die durch Sammlungen, durch besondere Zuwendungen von feinen begüterten Parteigenossen, durch Heranziehung der Sekretariatsstelle sowie der Ortsvereinskassen aufgebracht wurden.

Zwischen den Wahlkämpfen wurden, namentlich seitdem die nationalsozialistische Partei anfing zu wachsen, die Verbreitung von Flugblättern, Broschüren und Bildmaterial, der Anschlag von Plakaten, die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen fortgesetzt. Dazu kam jeweils in den Wintermonaten eine umfangreiche **Aufklärungs- und Bildungsarbeit**. Wir führten außer den vorhin genannten Wählerveranstaltungen während der Berichtszeit 1346 öffentliche Versammlungen, teilweise mit Lichtbildern, durch. Außerdem fand eine **Reichserwerbslosen- und eine internationale Frauenwerbslosen** statt, wozu nochmals besonders reichliches Material geliefert wurde. Die Werbungs- und Aufklärungsarbeit in den Bezirken und unter den Arbeitlosen wurde ausgebaut. Die **Erziehung der Gemeindevorteiler** liegen mir uns besonders angelegen sein. Die **Erziehung von Referenten** aus den Kreisen der jugendlichen Genossen verlagerten wir in zwei Referententourneen. In meinem Bericht vom Oktober 1926 gab ich auch einen Überblick über die

Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt

im Agitationsbezirk Mittelbaden. Dieser Tätigkeitsbereich ist jedoch noch im Jahre 1926 direkt dem Landesauschuss Mannheim angeschlossen worden. Dagegen wurde etwa im März v. J. dem Sekretariat eines der wichtigsten Tätigkeitsgebiete zur direkten Mitarbeit angegliedert, die **sozialdemokratische Arbeiterjugend**.

Es waren 7 arbeitende Gruppen der SAJ im Bezirk vorhanden, als im Vorjahre der Anschlag an das Bezirkssekretariat erfolgte. Seitdem ist es möglich gewesen, die Zahl auf 17 Ortsgruppen zu steigern und zwar durch Neugründungen in Baden-Baden, Bergheim, Rehl, Ettlingen, Weingarten, Brüggen, Rastatt, Gaden, Ettlingen und Spöck. — Zahlreiche geistliche Versammlungen und Wohnheimfahrten wurde von der SAJ des Bezirks durchgeführt. Auch die Bildung eines Trommler- und Pfeiferkorps war im letzten Berichtsjahr möglich, der bereits beim Reichstags- und Gemeindevahlkampf mitwirkte und ferner bei dem gestern abend in Durlach stattgefundenen Kabarett. Auch bei den Werberveranstaltungen von Parteiveren wurde die SAJ mit.

Der Fortschritt der SAJ

während eines Berichtsjahres ist ein recht bemerkenswerter, unendlich viel ist jedoch auf diesem Gebiet noch zu leisten. Die Zahl der Ortsgruppen sowie auch der Mitglieder kann und muß noch wesentlich gesteigert werden, wenn wenigstens alle größeren Ortsvereine die Gründung von SAJ-Gruppen betreiben. In sachlichen Orten ist nicht nur Boden, sondern das Bewußtsein hierfür vorhanden, obgleich die SAJ-Gruppen, ist jedoch der Ausbau der SAJ, nicht möglich. Leider haben noch zahlreiche Parteiveren den Bestrebungen der Arbeiterjugend fremd und ablehnend gegenüber. Ich fordere daher auch hier wie wiederholt in Rundschreiben die Ortsvereine auf, sich um die Gründung von örtlichen SAJ-Gruppen anzunehmen. In allen SAJ-Angelegenheiten ist mit dem Sekretariat in Verbindung zu treten.

Der Bericht des Gen. Trinks fand allseits Zustimmung. In der anschließenden **Aussprache** mündigt Gen. **Mobers-Untergruppen** die Wiedererrichtung der Unterbezirkskonferenzen, was durch Beifall unterstützt wurde. Gen. **Genth-Karlsruhe** sprach zur Jugendfrage und wies auf die Wichtigkeit der Jugendbewegung in der Arbeiterpartei hin. Insbesondere verlangte er bessere Unterstützung der Arbeiterpartei durch die Parteifunktionäre, was sich auch im Hinblick auf die Werberarbeit der SAJ, in den Arbeiterparteiorganisationen als notwendig erweise. Gen. **Vandhäuser-Forsheim** äußerte sich zur Referententourne und brachte verschiedene Wünsche vor. Gen. **Bang-Karlsruhe** sprach zur Beitragsleistung und mündigt mehr Anteil der Ortsvereine an der Beitragsleistung im Interesse der Agitation. Gen. **Lambert-Forsheim** berichtete über die Agitation im Rastatter Gebiet.

In einem kurzen Schlusswort äußerte sich Gen. Trinks zu verschiedenen vorgebrachten Fragen, insbesondere zur Befestigung von Referenten.

Der nächste Punkt betraf die

Wahl des Unterbezirksvorstandes.

Das Ergebnis derselben ist, daß folgende Orte Vertreter in den Unterbezirksvorstand entsenden: Karlsruhe 3 Genossen, darunter 1 Genossin, Forstheim 2 Genossen, Durlach 1 Genosse, Bruchsal 1, Ettlingen 1, Baden-Baden 1, Offenburg 1. Die genannten Orte wählen nun ihre Vertreter in den Unterbezirksvorstand. **Wichtigster Gegenstand der Tagesordnung war**

Stellungnahme zum Reichsparteitag in Leipzig.

Das einleitende Referat hierzu hatte Reichstagsabg. Gen. Dr. Marum. Der Redner behandelte zunächst die **Arbeit des Reichstags**. Die politische Lage wird von zwei Tatsachen gekennzeichnet: der Sturz des Kabinetts Müller und Eintritt der Regierung Brüning und die Reichstagswahl am 14. September. Festzustellen ist, daß die Regierung Brüning gescheitert wurde als **Kampfregerung gegen den Marxismus**.

Die Tatsache, daß das Kabinett Brüning heute nicht existieren kann ohne die Sozialdemokratie, ist bestes Kennzeichen der geänderten Verhältnisse. Das weitere große Ereignis war die Reichstagswahl vom 14. September mit dem Erfolg der Nationalsozialisten.

Das politische Ziel der Sozialdemokratie

nach dem 14. September war: **Verhinderung der Machtergreifung durch den Faschismus, Kampf um die Demokratie**. Um das Ziel zu erreichen war einmal nötig, die **Arbeit im Reichstag und Gewinnung der Massen**. Es ist in den sechs Monaten gelungen, die Faschisten im Schach zu halten, die Demokratie und den Parlamentarismus zu erhalten und es ist weiter gelungen, in den Massen erhöhte **Aktivität** zu erzeugen.

Der Redner behandelte die verschiedenen Arbeiten des Reichstags, zunächst die Frage der **Notverordnungen**, bei denen es uns gelang, wesentliche Widerungen durchzusetzen. Die **Wut der Nationalsozialisten über das Mißlingen ihrer Pläne** zeigte sich in einer ungemessenen Steigerung der gefährlichen **Agitation**. Im Reichstag

war kaum mehr eine ordentliche und gestützte **Geschäftsführung** möglich. Eine **Veränderung der Geschäftsordnung** war dringend nötig, wie auch die **Aufhebung der Immunität für berufsmäßige Berleumder**. Bemerkenswert ist, in welcher **mufterhaften Weise** sich die Kommunisten verhalten seit die Geschäftsordnung geändert ist und die Nationalsozialisten ausgenutzt sind.

Der Ausgang der Deutschnationalen und Nationalsozialisten

hat eine große politische Bedeutung. Grund des **Ausgangs** dürfte sein, weil sie erkannten, daß sie auf **legalem Wege die Macht nicht erringen** könnten. Das Hitler nach dem 14. September sofort **maršierte** und daß nach dem **Ausgang aus dem Reichstag** nicht sofort die **revolutionäre Tat** erfolgte, das war es, was die **Massen der Anhänger Hitlers enttäuschte**. Aber die **Gefahr des Faschismus** besteht immer noch. Die **Deutschnationalen** hatten eine **fallende Rechnung** aufgemacht, sie glaubten die nach dem **Ausgang** bestehende **sozialistisch-kommunistische Mehrheit** werde **derartige Beschüsse** fassen, daß die **bürgerliche Mitte** gezwungen würde, die **Rechte um Hilfe** zu rufen. Sie glaubten, sich dann als die **Kettler** aufspielen zu können.

Die **Sozialdemokratie** hatte zu entscheiden, ob sie sich zu diesem **Spiel der Eugenbergs** und **Hitler** hergeben würde. Es handelt sich nicht allein um den **Panzerkreuzer**, sondern um die **ganze politische Lage**. Der Redner gibt im **Anschluß** hieran die **verschiedenen Auffassungen** wieder, die in der **Fraktion** über die **Panzerkreuzerfrage** herrschten. Es war nicht möglich, die **Reinheit Sozialdemokratischer** Kommunisten aufrecht zu erhalten. Sätten wir mit den **Kommunisten** die **Regierung Brüning** gestützt, so hätte nicht die **Möglichkeit** bestanden, mit den **Kommunisten** eine **Regierung** zu bilden. An **Stelle der Regierung Brüning** hätten wir **sicher eine Rechtsregierung** bekommen. Wir hätten eine **politische Dauerfrist** bekommen. Außerdem hätte der **Reichstag** jeden **sozialdemokratisch-kommunistischen Beschluß** wieder aufheben können.

Eine Mehrheit mit den Kommunisten wäre eine Scheinmehrheit gewesen.

Ein positiver Aufbau mit den **Kommunisten** ist **unmöglich**. Die **Auffassung** für die **Zustimmung** oder **Stimmhaltung** in der **Panzerkreuzerfrage** **Kompensationen** zu verlangen, ist **faßlich**, auch **Herrmann Müller** teilte diese **Auffassung**. Es wurde jedoch von der **Regierung** in **verschiedenen Fragen** entgegenkommen gezeigt. Eine **weitere Auffassung** in der **Frage** war, die **Panzerkreuzerfrage** als eine **politische Frage** zu behandeln. **Ablehnung** hätte **Kidnitter Brüning** und **Groenets** bedeutet. Eine **eventuelle Beamteneuerung** wäre noch **weiter rechts** gestanden. Der **Panzerkreuzer** hätte also in einem **neuen Kabinett** eine **Mehrheit** gefunden. Wir hätten das, was wir **sechs Monate** **verhindert** haben, **dann durch unser Verhalten** **selber** **erreicht**. **Deshalb** war **unser Haltung** die **notwendig** **gegeben**. **Wohl** wir **leinerzeit falsch** **gesehen** hatten, **kam** es **zum Sturz** des **Kabinetts Müller** mit **allen** **Folgen**.

Der **Panzerkreuzer** ist **uns nicht** **wichtig** **genug**, **daß** wir **des-** **halb** **einen** **Eugenbergs-Hitler** **bekommen**.

Die **Kommunisten** haben **große Tiraden** **gegen** den **Panzerkreuzer** **gehalten**. **Wenn** sie **aber** mit **ihren 77 Abgeordneten** **den Saal** der **Abstimmung** **verlassen** hätten, **wäre** der **Reichstag** **beschlußunfähig** **geworden**, **Panzerkreuzer** **und** **Etat** **wären** **nicht** **benötigt** **worden**. **Sie** **haben** **durch** **ihre** **Verbleiben** **im Saal** **erreicht**, **daß** der **Kreuzer** **bewilligt** **wurde**. — **In** der **Reichstagsfraktion** **sind** **es** **vor** **allem** **Bertrere** **aus** **Sachsen**, **die** **die** **Opposition** **stellten**. **Der** **Kreuzer** **wurde** **in** **den** **Etat** **eingelegt** **unter** **Gebühmung** **des** **Reichsrats**; **die** **sächsische** **Regierung** **hat** **für** **den** **Panzerkreuzer** **gestimmt**, **die** **Kommunisten** **in** **Sachsen** **verhielten** **besah**, **die** **Regierung** **zu** **stützen** — **aber** **unser** **zahllosen** **sächsischen** **Genossen** **haben** **das** **Mißtrauensvotum** **gegen** **ihre** **Regierung** **abgegeben**.

Bekanntlich ist **die** **Trennung** **einer** **Anzahl** **Fraktionsgenossen** **bei** **der** **Abstimmung**, **18** **Genossen** **hließen** **der** **Abstimmung** **fern**, **neun** **stimmten** **gegen** **den** **Panzerkreuzer**. **Der** **Redner** **kritisiert** **darf** **das** **bedauerliche** **Verhalten** **dieser** **Genossen**. **Aus** **Mißgünstigkeit** **und** **Verantwortungsgefühl** **hätten** **die** **Genossen** **dem** **Fraktionsbeschlusse** **folgen** **müssen**.

Dann wendet sich der Redner der aktuellen Frage der

Sozialunion

Deutschland-Österreich zu. Eine **europäische Sozialunion** wäre **uns** **von** **großer** **Bedeutung**. **Gegen** **eine** **Sozialunion** **Deutschland-Öster-** **reich** **haben** **er** **große** **Bedenken**. **Vor** **allem** **deswegen**, **weil** **der** **Le-** **bensstandard** **des** **österreichischen** **Arbeitlers** **unter** **dem** **des** **deutschen** **Arbeitlers** **liegt**. **Bernünftiger** **wäre**, **auf** **ein** **Panuropa** **hinzu-** **arbeiten**, **wie** **auf** **ein** **Zusammenfluß** **Deutschland-Österreich** **(Zu-** **stimmung)**. **Auf** **keinen** **Fall** **ist** **die** **Sache** **etwa** **eine** **Feindschaft** **mit** **anderen** **Ländern** **zu** **erzwingen**.

Die **neuen** **Notverordnungen** **sind** **zu** **besprechen**. **Aber** **zu** **bestimmen** **ist**, **daß** **Rechtsreferenten** **diese** **Notverordnungen** **gegen** **Einspar-** **maßen** **einleitet** **ausüben** **und** **vor** **allem**, **daß** **die** **Kulturreaktion** **ihre** **Macht** **gegen** **die** **Freidenker** **gebrauchen** **kann**. **Es** **wird** **ab-** **zu** **warten** **sein**, **wie** **sich** **diese** **Verordnungen** **auswirken**. — **Das** **es** **gelungen** **ist**, **den** **Faschismus** **abzuwehren**, **seigt** **seine** **Wirfung** **darin**, **daß** **die** **Arbeitslosenversicherung** **uns** **erhalten** **geblieben** **ist**. **Aber** **die** **Gefahren** **sind** **noch** **nicht** **beseitigt**. **Noch** **droht** **der** **Faschismus**. **Deshalb** **immer** **neuer** **Kampf** **draußen**, **wegen** **Massen** **zu** **gewinnen**, **die** **Kräfte** **fürken**, **damit** **wir** **in** **der** **Lage** **sind**, **bei** **einem** **neuen** **Kampfe** **die** **Partei** **zum** **Siege** **zu** **föhren**. — **Lebhafter** **Beifall** **dem** **Redner** **für** **seine** **Ausführungen**. — **In** **der**

Aussprache

nimmt **als** **erster** **Redner** **Gen. Genth-Karlsruhe** **das** **Wort**. **Er** **ist** **mit** **der** **großen** **Linie** **der** **Politik** **der** **Reichstagsfraktion** **einver-** **standen** **und** **berichtet** **über** **die** **Stimmung** **draußen** **auf** **dem** **Land**. **In** **den** **Kompensationen** **müsse** **das** **mögliche** **herausgeholt** **werden**. **Wenn** **er** **auch** **in** **der** **Panzerkreuzerfrage** **mit** **dem** **Gen. Marum** **einig** **war**, **so** **müßte** **er** **doch** **warren**, **den** **Bogen** **im** **Vorgehen** **gegen** **die** **Reinlager** **zu** **übernehmen**. **Eine** **erneute** **Berücksichtigung** **der** **Sozialgesetzgebung** **ist** **unbedingt** **zu** **verbinden**.

Staber-Bruchsal: **Unsere** **ganze** **Situation** **rihrt** **nicht** **erst** **von** **14.** **September** **1930** **an**, **sondern** **sie** **beruht** **schon** **von** **vorher**. **Wenn** **gelagt** **wird**, **daß** **Parlamentarismus** **und** **Demokratie** **erhalten** **ble-** **ben**, **so** **ist** **dazu** **zu** **sagen**, **daß** **es** **ist** **zum** **Teil** **auf** **Kosten** **der** **Arbeiter-** **klasse** **gana**. **Redner** **wendet** **sich** **zur** **Arbeitslosenfrage**, **dem** **Lohn-** **abbau** **und** **Preisabbau** **zu**. **Mit** **der** **Friedensgesellschaft** **geht** **er** **nicht** **einig**, **es** **ist** **für** **die** **Arbeiterklasse** **noch** **viel** **wichtigere** **Dinge** **als** **Wohlfahrt** **und** **Panzerkreuzerfrage**. **Die** **Friedensgesellschaft** **hat** **sich** **zu** **einer** **Reorganisation** **gegen** **die** **Sozialdemokratie** **entwickelt**, **wosu** **der** **Parteitag** **auch** **einmal** **Stellung** **nehmen** **solite**. **Die** **Verlegung** **des** **Reichstags** **hat** **große** **Schattenseiten**. **Zum** **Schlusse** **äußerte** **sich** **Gen. Staber** **zu** **den** **Ausführungen** **des** **Gen. Schönflin** **im** **Ver-** **trauensvotum**.

Kunz-Karlsruhe: **Man** **muß** **die** **Frage** **stellen**: **Was** **hat** **die** **Reichstagsfraktion** **mit** **ihrer** **Daltung** **in** **der** **Panzerkreuzerfrage** **er-** **reicht**? **Die** **Antwort** **muß** **lauten**, **daß** **es** **ist** **dadurch** **gelungen** **ist**, **den** **Faschismus** **in** **Schach** **zu** **halten**. **Bei** **einem** **Siege** **des** **Faschis-** **mus** **würden** **unser** **Organisationen**, **auch** **solche** **gesellschaftlicher** **Art**, **zertrümmert**. **Das** **solite** **den** **Parteigenossen** **zu** **denken** **geben**.

Klein-Forsheim: **Die** **Einstellung** **des** **Gen. Marum** **anlässlich** **des** **Sturzes** **des** **Kabinetts Müller** **war** **die** **richtige**; **denn** **wäre** **es** **be-** **sorgt** **worden**, **so** **hätte** **mancher** **Schaden** **verhütet** **werden** **können**. **Es** **wäre** **unverhältnißmäßig** **gewesen**, **wenn** **wegen** **der** **Panzerkreuzer-** **frage** **die** **Fraktion** **eine** **andere** **Stellung** **eingenommen** **hätte**. **Das** **Opfer**, **das** **wir** **brachten**, **ist** **viel** **kleiner** **als** **die** **Folge**, **die** **aus** **einer** **anderen** **Daltung** **der** **Fraktion** **entstehen** **wäre**. **Redner** **fant** **lobann** **auf** **das** **Vorgehen** **der** **Polizei** **in** **Forstheim** **zu** **sprechen**, **die** **den** **Film** **„Gautali“** **verboten** **hat**, **weil** **einige** **Lausuben** **dar-** **gegen** **protestierten**. **Wit** **der** **40-Stundenwoche** **kann** **das** **Arbeits-**

Loienproblem nicht gelöst werden. In Bezug auf die Haltung der Reichstagesfraktion...

Gen. Koch-Karlsruhe wendet sich gegen die Auffassung des Gen. Schäfer. Die Funktionäre von Karlsruhe haben schon damals erklärt...

Gen. Berger-Ottensau hat Bedenken gegen die Resolution. Die 40-Stundenwoche sollte eingeführt werden. Es besteht doch die Möglichkeit...

Gen. Schmelenberger-Baden-Baden hält die Frage des Panzertrouers nicht für so wichtig, wie sie aufgebauscht wurde. Wo bleiben denn die revolutionären Erhebungen...

Gen. Wellert-Köln kritisiert den Disziplinbruch in der Reichstagsfraktion. Denn das Verhalten der Genossen hat der Partei sehr geschadet...

An Stelle des Genossen Marum hält Reichstagsabgeordneter Schöpplin das Schlusswort. Der Redner bezieht sich vor allem auf seine viel angefeindete Rede im Haushaltsauschuss...

Ohne die Ermächtigungen von 1923 wären wir nicht zur Stabilisierung gekommen. Die Regierung Brüning wird sich sicher schwer hüten, die Arbeitslosenversicherung weiter zu verschlechtern...

Die Sozialdemokratie ist in Zukunft nötig. Die Politik der Sozialdemokratie ist eine solche des Aufbaus, um Demokratie und Sozialdemokratie zu erhalten...

Entstehung

wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Die am Sonntag, 29. März in Karlsruhe verammelte Unterbezirkskonferenz für den Bezirk Mittelbaden spricht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Vertrauen aus...

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt die Wahl der Delegierten zum Parteitag. Es wird mit großer Mehrheit beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden...

Genosse Hartmeyer gibt noch bekannt, daß der Volksfreund im April sein 50jähriges Bestehen feiert und schildert, in welcher Weise diese Veranstaltung vorgenommen wird.

Vorsitzender Jung erwähnt den am 5. Juli d. J. stattfindenden Tag der Arbeit in Karlsruhe, der von den Gewerkschaften, Partei, Sports- und Gelangvereinen des Bezirks Karlsruhe als Demonstration gegen den Faschismus veranstaltet wird...

Die Besichtigung der Konferenz

Im ganzen waren 102 Vertreter anwesend und zwar: 85 Delegierte, 2 Reichstagsabgeordnete, 3 Landtagsabgeordnete, 1 Vertreter des Landesparlamentes, 4 Redakteure, 1 Geschäftsführer der Parteizentrale...

Partei-Nachrichten

E.N.Z. Weingarten. 2. April Beteiligung an der Kartellversammlung. 3. April. „Ins Grüne“. Treffpunkt Turnberg. Abmarsch 1.30 Uhr, Osttour: Redartal. Helft alle mit, daß die Beteiligung zahlreich wird.

Bürger-Steuer. Wie zu erwarten, haben sich bei dieser neuen Steuer vielfach Unklarheiten ergeben, so daß es wichtig ist, daß der Steuer-Zettel-Bericht...

Soziale Rundschau

Wietingheim. Letzten Sonntag hatten sich die Mitglieder des Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenbundes zu einer wichtigen Versammlung im Gaitshaus...

Die badischen Jugendämter

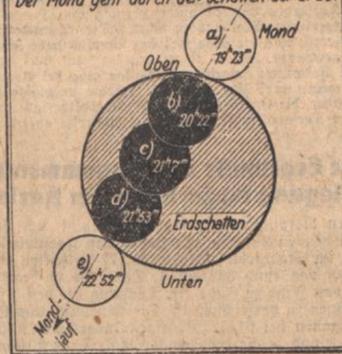
In den badischen Wohlfahrtsblättern veröffentlicht Regierungsrat Dr. Geier eine interessante Statistik über die Tätigkeit der badischen Jugendämter im Jahre 1929/30...

Beamtengehälter und Kriegserlöse

Den Kriegsbeschädigten Beamten wird ein Teil der Rente auf ihr Gehalt angerechnet. Durch die Kürzung der Beamtengehälter wäre ein Umrechnen der rübenden Rente erforderlich gewesen...



Der Mond geht durch den Schatten der Erde.



Totale Mondfinsternis am 2. April

Schemata der Entstehung und des Verlaufs der Mondfinsternis. Den Freunden der Himmelskunde bietet sich am 2. April das interessante Schauspiel einer totalen Mondfinsternis...

Letzte Nachrichten

Ein Weinhorns Flugzeug verloren

Berlin, 30. März. Die Afrikafliegerin Elna Weinhorn teilte heute aus Timbuktu mit, daß ihr Flugzeug nicht mehr zu retten ist. Sie kehrt mit einer Hilfskarawane zu ihrem im Wüstengebiet zurück...

Sohn des preußischen Kultusministers verunglückt

Berlin, 30. März. Der 12jährige Sohn des preußischen Kultusministers Gen. Grimme ist am Montag nachmittag in Berlin-Zehlendorf bei einem Straßenunfall tödlich verunglückt...

Aus der Stadt Durlach

E.N.Z. Am Mittwoch findet im „Darmstädter Hof“ eine große Filmvorführung statt. Geleitet fleißig für diese Veranstaltung und bringt vor allen Dingen die Schulentlassenen und deren Eltern mit...

Filmvorführung

Schulentlassene und deren Eltern, sowie die Parteigenossen und Genossen sind zu der am Mittwoch, 1. April, im „Darmstädter Hof“ stattfindenden großen Filmvorführung herzlich eingeladen. Es werden folgende Filme gezeigt: „Im Anfang war das Wort“...

Proletarisches Kabarett: Der rote Jaden

Seit Wochen wurde mit bemerkenswertem propagandistischem Geschick für diese Veranstaltung der sozialistischen Jugendorganisationen Durlachs geworben. Der Erfolg der Werbung sprach durchaus für das werbetchnische Talent der Veranstalter...

Schon im ersten Teil des Programms war allerhand los! Da ergrühte ein origineller Bänkelsänger mit einer politischen Morität, die Filmoberprüfstelle blamierte sich wieder einmal mit dem Bericht des Films „Mar und Moris“...

Nach einigen kurzen Pausen brachte der zweite Teil zuerst zwei packende aufreizende Bilder: Das „Lied der Bergarbeiter“ und die „Arbeitslosen“ waren ein durchaus gelungenes Tribut auf den furchtbaren Ernst unserer von Krisen geschüttelten Welt...

Im Rahmen dieser Bildergruppe ging auch zum erstenmal in Süddeutschland der sozialdemokratische Liedfilm „Ins dritte Reich“ über die Leinwand. Der sehr geschicklich angelegte Film - von einer selbst richtenden Jury teilweise erbärmlich verurteilt - verfiel trotz dem seine Wirkung nicht...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...

Die Schlußfeier der Durlacher Volks- und Mädchenbürger Schule fand am Freitagabend im Saale der Festhalle unter der üblich harten Teilnahme aller Bevölkerungsteile statt. Dem Programm lagen neben den Gesangsbeiträgen der Kinderchor vor allem Darstellungen aus der Geschichte Durlachs in kurzen Bildern...



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1727 Astronom Isaac Newton. — 1848 Norparlament in Frankfurt a. M. — 1855 Englischer Schriftsteller Charl. Dickens. — 1881 Verlängerung des Sozialengesetzes. — 1914 Dichter Christ. Morgenstern. — 1917 Frauiliche Kuffische Regierung beschließt Abschaffung der Todesstrafe. — 1928 Auflösung des Reichstags.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Die Vertreterversammlung des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe e. G. m. b. H. fand am 24. März im großen Rathhaussaal statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberpostinspektor Manz, eröffnete um 8.15 Uhr die Versammlung mit der Feststellung, daß die Vertreterversammlung sachgemäß einberufen sei. Nach einer Begrüßung der neu gewählten Vertreter begründete Direktor Prull zunächst einen Antrag auf Satzungsänderung, der von der Vertreterversammlung angenommen wurde. Sodann erhielt Direktor Prull das Wort zum Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Er erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und führte aus, daß die Entwicklung des Vereins im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse als sehr günstig bezeichnet werden müsse. Obgleich erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen seien und die Bevölkerung ihre Lebenshaltung vereinfacht habe, sei die Umlageentwicklung nicht ungünstig. Die Bilanz zeige, daß der Verein ein sehr gelingendes und solides Unternehmen sei, das allen Erleichterungen unseres Wirtschaftslebens gewachsen sei. Die Aufkosten- und Ertragsrechnung beweise, daß der Betrieb wirtschaftlich arbeite. Bei einem Umlage von 7 835 058 RM. ergebe sich eine Rabattpflichtigkeit von 310 440 RM. Darüber hinaus schlage die Verwaltung vor, auf die Geschäftsanteile eine Kapitaldividende aus dem Reingewinn in Höhe von 5 Proz. nach dem Wortlaut der Satzung zu gewähren und außerdem weitere 77 610 RM. als Rückvergütung zu verteilen. Direktor Prull schloß seine Ausführungen mit einer Kampfanfrage an den übertriebenen Wirtschaftspessimismus, der viele Kreise beherrsche. Uebertriebene Schwarzjeherei sei nicht am Plage Deutschlands Industrie sei technisch so leistungsfähig, daß sie den Wettbewerb mit allen Industrieländern aufnehmen könne. Deutschlands Währung stehe international ausgezeichnet. Wir dürften den Glauben an die eigene Kraft und an Deutschlands Zukunft nicht verlieren.

In der sich anschließenden Aussprache über den Geschäftsbericht wurden von den Vertretern Günther, Kiefer, Kies, Turek, Hentel, Vogt, Kaiser einige Wünsche geäußert und verschiedene Anregungen gegeben, wozu die Direktoren Prull und Thomann kurz Stellung nahmen. Sodann genehmigte die Vertreterversammlung einstimmig die Bilanz und den Vorschlag der Gesamtverwaltung betreffend die Verteilung der Erträge und erteilte ebenfalls einstimmig Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung. Bei den darauf folgenden Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat wurden die turnusmäßig auscheidenden Herren Böhlinger, Manz, Mehger, Pfeil, Spachholz und Stoll wiedergewählt.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Feststellung, daß das in schwerer Krisenzeit erzielte diesjährige Geschäftsergebnis, für das er dem Vorstand und dem Personal danke, wiederum die Zuverlässigkeit der Leitung danke und daß wir getrost der Zukunft entgegenblicken könnten.

Wieviel Apotheken, Ärzte, Zahnärzte u. Dentisten gibt es in Karlsruhe

Wie hoch sind ihre Einkünfte?

Interessante Einzelheiten sind von Statistischen Reichsamt veröffentlicht worden über die Umsätze der Apotheken, Ärzte, Zahnärzte und Dentisten. Es handelt sich um die von den betreffenden angegebenen Umsätze. In unserer Stadt gibt es 21 Konzessionserte Apotheken, 156 selbständige Ärzte, 44 Zahnärzte und 63 Dentisten. Bei einer Bevölkerungszahl von 145 694 nach dem Stande der Volkszählung vom 16. Juni 1925 kommen demnach auf jede Apotheke rund 6950 Einwohner, auf jeden Arzt 935, jeden Zahnarzt 3310 und auf jeden Dentisten 2320 Einwohner.

Die größten Umsätze haben naturgemäß die Apotheken mit 1 455 000 RM. Alle Ärzte vereinnahmten insgesamt 2 218 000 RM., die Zahnärzte 463 000 RM. und die Dentisten zusammen 490 000 RM. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung bedeuten diese Zahlen, daß jeder einzelne Einwohner in Karlsruhe bei den Einkünften der Apotheken mit 10 RM., der Ärzte mit 15,25 RM., der Zahnärzte mit 3,20 RM. und der Dentisten mit 3,55 RM. besteuert.

Die durchschnittliche Einnahme beläuft sich auf 69 286 RM. für die Apotheken, von den 21 Apotheken haben dabei 9 Umsätze bis 50 000 RM., 8 bis 100 000 RM. und 4 bis 500 000 RM.

Für die Ärzte ergibt sich ein Umsatz je Veranlagungsfall von 14 218 RM., 29 Ärzte verdienen bis 5000 RM., 89 bis 20 000 RM., 36 bis 50 000 RM. und 2 sogar bis 100 000 Reichsmark im Jahr.

Mit 10 525 RM. ist das Durchschnittseinkommen der Zahnärzte niedriger als das der Ärzte. Im einzelnen bezogen 8 Zahnärzte ein Einkommen bis 5000 RM., 32 bis 20 000 RM. und 4 bis 50 000 RM.

Bedeutend weniger verdienen die Dentisten mit einem Durchschnittseinkommen von 7778 RM. Hier vereinnahmten 22 Dentisten bis 5000 RM., 38 bis 20 000 RM. und 3 bis 50 000 RM.

Kundgebung gegen die Gebäudefondersteuer

Am Sonntag vormittag haben die Spitzenorganisationen des Badischen Handwerks, Einzelhandels, Hansbundes, Hotel- und Gastwirtschaftsvereines, der Verein der Architekten und Ingenieure sowie die Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine zu einer Kundgebung gegen die Gebäudefondersteuer eingeladen. All diese genannten Organisationen betonten bei jeder Gelegenheit ihre politische Neutralität. Aber bei der Propaganda zu dieser Versammlung haben sie bewiesen, wie es in Wirklichkeit mit dieser Neutralität steht. In allen hiesigen Zeitungen erschienen Inserate, in denen die Interessenten zu der Kundgebung eingeladen wurden. Aber nur der Volksfreund wurde dabei übergangen. Sogar der nationalsozialistische Führer war als Injektionsorgan ausser Acht gelassen.

während also der Volksfreund mit der zweitstärksten Auflage unter den hiesigen Zeitungen ausgeschaltet worden ist. Damit haben die Organisationen vom Handwerk, Einzelhandel, Hotel- und Gastwirtschaftsvereines und die Bürgervereine gezeigt, daß sie nicht nur keine Freunde der Gebäudefondersteuer sind, sondern daß bei ihnen die politische Neutralität gegen die Sozialdemokratie nicht gilt. Allerdings scheint die Aufgabe der Neutralität gegenüber dem Volksfreund nur insoweit zuzutreffen, als der Injektionsauftrag in Betracht kommt, denn in punkto Berichterstattung über die Versammlung hat man auf einmal wieder an den Volksfreund gedacht und uns den Wortlaut der bei dieser Kundgebung gehaltenen Reden zur Veröffentlichung übermitteln. Als Injektionsorgan will man den Volksfreund nicht, aber zur Berichterstattung über die Versammlung hält man ihn mit den anderen hiesigen Zeitungen für notwendig. Daß wir für derlei Geschäftspraktiken kein Verständnis haben, brauchen wir nicht besonders zu betonen.

Diese Haltung gegenüber der Sozialdemokratie bzw. des Volksfreund seitens der Einberuher der Kundgebung charakterisiert sich aber auch darin, daß ausgerechnet das Organ der Sozialdemokratie bei der Injektionsauftrag ausgeschrieben worden ist, trotzdem die Sozialdemokratie seiner Zeit gegen die Einführung der Gebäudefondersteuer im Reichstag gekämpft hat. Der Vater der Gebäudefondersteuer war nämlich der jetzige deutsche Reichsfinanzminister Schlieker und erst nach diesem Kreise die Sozialdemokratie für die Gebäudefondersteuer verantwortlich. Aber so ist es nun einmal, wenn gewisse Leute anfangen, Politik zu treiben.

Auch die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags geht dahin, die Gebäudefondersteuer nach und nach abzuschaffen. Will man das bei den Mittelstandsvertretern nicht wissen? Sollen wir dieses Verhalten dahin deuten, daß all diese Kreise eine geschlossene Front gegen die Sozialdemokratie bilden wollen? Sei dem wie ihm wolle, man wird uns gewappnet finden. Aber auf alle Fälle bereitet dieser Fall, daß die politische Neutralität des Badischen Handwerks, des Einzelhandels, des Hansbundes, des Hotel- und Gastwirtschaftsvereines, der Verein der Architekten und Ingenieure und der Karlsruher Bürgervereine gegenüber dem Volksfreund weiter nichts ist, als eine elende Heuchelei. Die Sozialdemokraten in diesen Vereinen und Organisationen wollen nun auch, woran sie sind und werden hoffentlich nicht veräumen, die Konsequenzen hieraus zu ziehen.

Eine Flugveranstaltung

Am Sonntag seitens des Badisch-Badischen Luftfahrtvereins statt. Eingeleitet wurde dieselbe mit einem Ballonaufstieg auf dem Weipol. Gegen 12 Uhr ging der Ballon mit Herrn Rechtsanwältin Hoffmann als Führer in die Höhe, während ein Doppeldecker ihn umkreiste. Am Nachmittag wurde die Landung des Sportflugzeuges „Briant“ auf dem Weipol vorgenommen. Wie am Sonntag zum Ballonaufstieg hatten sich auch nachmittags eine große Zahl Interessenten eingefunden. Herr Fabrikant Rees begrüßte im Namen des Badisch-Badischen Luftfahrtvereins die Erschienenen, worauf Herr Oberbürgermeister Dr. Finter eine Ansprache hielt mit anschließender Landung des neuen Flugzeuges „Briant“. Des weiteren wurden einige Kunstflüge ausgeführt und mit dem Generalflugzeug Karlsruhe wurden unter Leitung von Herrn Hoffmann einige ausgeführte Starts vorgeführt. Die Veranstaltung fand großes Interesse und der Flugplatz war während der ganzen Veranstaltung bis zum Abend mit Zuschauern besetzt.

Der am Vormittag anwesende Ballon ging bei Romansweiler im Gebirge gegen drei Uhr herunter. Infolge ungenügenden Ausweises wurden die Passagiere vorläufig festgehalten, aber nach Feststellung der Personalien konnten sie die Rückreise antreten.

Neueste Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung im Steuergebiet Karlsruhe

Nach den Veranlagungen bis 1928 ergibt sich folgendes Bild: Bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft ergaben sich im Stadtgebiet Karlsruhe 177 Pflichtige mit einem Einkommen von rund 332 000 M. Dabei ist zu beachten, daß im Reich von Jahr zu Jahr ein Rückgang bei den Pflichtigen und Beträgen zu verzeichnen ist. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb ergaben bei 6145 Pflichtigen insgesamt 28 356 000 M. Einkommen und damit den höchsten Anteil für Pflichtige und Beträge. Auch hier dürften infolge der schlechten Wirtschaftslage und der großen Arbeitslosigkeit die Zahlen sich inzwischen verringert haben. Auch bei den Anteilen der Einkünfte aus sonstiger selbständiger Berufstätigkeit ist seit 1927 ein Rückgang zu bemerken. In unserem Gebiet wurden 1007 Pflichtige gezählt mit einem Einkommen von 5 040 000 M. — Bei den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit verzeichnet die Einkommensteueranmeldung von 1928 1085 Pflichtige mit einem Einkommen von 14 335 000 M. — Die Anteile der Einkünfte aus Kapitalvermögen betragen bei 1704 Pflichtigen insgesamt 4 521 000 M. — Bei Vermietung und Verpachtung kommen 2344 Pflichtige mit 2 351 000 M. in Frage.

Andere wiederkehrende Bezüge usw. 117 Pflichtige mit 286 000 M. 1928 hatten im Stadtgebiet Karlsruhe insgesamt 8529 Pflichtige ein Einkommen von 50 895 000 M. Dagegen betrug das der Besteuerung unterworfenen Einkommen (nach Abzug des steuerfreien Einkommensanteils und der Ermäßigung für Familienangehörigen) bei 7771 Pflichtigen insgesamt 40 953 M. — Bei 7746 Einkommensteuerpflichtigen betrug die festgesetzte Steuer 6 179 000 M.

Die Polizei berichtet:

Sachkonjunktur in Fahrraddiebstählen

Am Montag wurden der Polizei fünf Fahrraddiebstähle mitgeteilt. Zwei früher gekohlene Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden.

Sonstige Diebstähle

Eine Kuffenfrau gelangt wegen Diebstahls zur Anzeige. — Ein Badenerling ging flüchtig, nachdem er seinem Meister 70 M. aus einem unerschlossenen Schrank entwendet hatte. — Einem Privatier wurde aus seinem Schlafzimmer ein Gebiß im Wert von 320 M. gestohlen.

Sachbeschädigung

Unbekannte Täter verkrümelten in der Nacht zum Montag das Schaufenster eines Schuhgeschäfts in der Herrenstraße, nachdem sie den Kellner hochgehoben hatten. Von der Auslage wurde nichts entwendet. Es scheint sich um einen Racheakt zu handeln. — In der Garten-, Kriegs- und Ellenlohnstraße wurden mehrere Straßentuben zertrümmert. Die Täter sind unbekannt.

Entlassungsfeier in der Telegraphenschule

Der diesjährige Schlußakt der Telegraphenschule fand erstmals im Rahmen einer Elternversammlung statt. Der Veranlassung war ein voller Erfolg beschieden und im Interesse erspriechlicher Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus ist zu hoffen, daß man auch in Zukunft diese Form der Entlassungsfeier wählt. Im Mittelpunkt der Feier standen die diesjährigen Abschiedsworte, die Rektor Wieseer als Klassenlehrer der achten Klasse an seine Schüler richtete. Seine Worte waren Rückblick und Ausblick, sie ließen Sorgen und Ziele des rechten Lehrers ahnen, sie ließen die Schüler erkennen, wie sehr der Schule das fernere Wohlergehen der Schulentfahnen am Herzen liegt und sie zeigten den Eltern, wie unermüdet und notwendig es ist, Schule und Lehrer in ihrer schwierigen Arbeit zu unterstützen. — Wohlverdienten Erfolg erzielte ein kleines Theaterstück, das von Schülerinnen und Schülern der achten Klasse aufgeführt wurde. Von starker, nachhaltiger Wirkung war der Sprechchor „Ins Leben hinaus“, dessen Text von Rektor Wieseer verfaßt ist. Er hat damit in anerkennenswerter Weise gezeigt, welche starker erzieherischer Wert dem Sprechchor innewohnen kann. — Gedichte und mehrstimmige Lieder wurden von den zur Entlassung kommenden Schülern mit Eifer und Sorgfalt vorgetragen. Hauptlehrer Härdle bewährte sich als tüchtiger Dirigent. Besondere Anerkennung verdient das verbindliche und feinsinnige Klavierpiel der Schülerin Paula Kuttuff.

(1) Kinderpeinigung der Rotgemeinschaft. Die Firma Hermann Lich, die die Rotgemeinschaft bereits in großem Maße durch eine Warenspende im Werte von 6000 Mark unterstützt hatte, hat nunmehr ein weiteres nachsommerswertes Beispiel der Opfermütigkeit gegeben. Sie hat die tägliche Speisung von 25 Schülern der Karlsruher Rotgemeinschaft zugesagt. Die Ausmaß der Kindererlöse nach gesundheitlichen Grundfragen und nach sozialen Gesichtspunkten durch die Stadtschulbehörde im Benehmen mit dem Verein Jugendhilfe und der Karlsruher Rotgemeinschaft. Damit die Speisung auch einen geistlichen Erfolg hat, wird jedes Kind auf die Dauer eines ganzen Monats zur Speisung zugewiesen. Die erste Gruppe von 25 Kindern ist zu dem am 1. April beginnenden Sozium im Varenhaus Zug bereits ausgewählt.

(2) Jugendfeier der freireligiösen Gemeinde. Wie alljährlich, so vereinigte sich auch dieses Jahr wieder eine große Schar Mitglieder und Freunde der freireligiösen Bewegung, um an der wichtigsten Feier teilzunehmen, die sie im Kreis ihrer Kulturliebhaber sich geschaffen hat, der Jugendfeier. Es war eine stattliche Anzahl junger Menschen, die vor der Gemeinde das erste Gelübnis ablegten, im Sinne dessen zu leben, was sie in jahrelangem Unterricht durch die Lehrer der Gemeinde an religiösem Gut und durch den in den letzten Monaten im Jugendheimunterricht ihres Lehrers und Gemeindegemeinschaften Hauptlehrer Meener-Weingarten gelernt und selbst empfunden hatten. Die religiöse Handlung vollzog der Prediger, Herr Klina, in dem schön dekorierten Saal der „Vier Jahreszeiten“. Für den leider verhinderten Vorstand der Gemeinde, Regierungsrat Weimann, sprach stellvertretend Herr Prof. Pfeiffer beredende Worte an die Jungen und Gemeinde. Am Abend waren die einzelnen Teile der Feier durch feststehende Musik, die von einem Trio des Gemeinhausorchesters aus dem Festsaal des Varenhauses im Varenhaus durch den Hauptlehrer Meener-Weingarten angeführt wurde.

(3) Uebertragung des freireligiösen Bilders. Der Großherzog (Eidgenosse Stuttgart) bricht am heutigen Dienstag, abends 20.15 Uhr, aus Karlsruhe eine musikalische Veranstaltung, die unter Leitung unseres Kammerleiters Stern vom Badischen Landesorchesters Uebertragung wird unter Mitwirkung des Badischen Landesorchesters Karlsruhe ein Scherzspiel in einem Akt, „Die Malenkönigin“, mit Musik von Gluck.

Veranstaltungen

Kaffeehaus. Die Kaffeehaus-Orchestra veranstaltet heute Dienstag einen ihrer beliebtesten Operetten- und Scherzabende. (siehe die Anzeige). Colosseum-Theater. Auf die heute Abend 8 Uhr stattfindende Abschiedsvorstellung der großen Pariser Revue Le Chic de Paris wird wiederum nochmals besonderer Hinweis. Wer diese feierliche Revue bis jetzt noch nicht gesehen hat, verläumt nicht diesen letzten Abend zum Besuche des Colosseumtheaters zu benutzen. Am Sonntag, den 4. April, beginnen die beiden beliebtesten Rührer Komiker Schmitz-Weißweller mit ihrem Entenbrot ihr diesjähriges Scherzspiel. Wie immer, kommen auch dieses Mal nur ganz erstklassige Scherzspieler zur Vorführung, welche an die Komikanten der Besucher wiederum die höchsten Anforderungen stellen. Auch weitere siehe Anzeigenblätter usw.

Sirtus Holzschüller-Gesang. Der hier bereits mehrere Tage mit Erfolg antretende Sirtus Holzschüller wird, wie man uns offiziell erfährt, bis einschließlich kommenden Mittwoch in der Landeshauptstadt bleiben. Während sonst in dieser Woche nur eine Vorstellung, abends 8 Uhr, stattfindet, zeigt sich die Sirtus-Holzschüller an genannten Tage um 4 Uhr in ihrem einladigen Sirtusprogramm. Abends wird Holzschüller eine Gala-Abendveranstaltung geben. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung des Scherzspiels nicht erfolgen kann. Obgleich am Sonntagabend der Komiker Holzschüller von einem Löwen die rechte Hand durchgeschnitten bekam, wird der Akt des Händes der Tiere vom rechten Komiker in unveränderter Form vorgeführt werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsseiten. 27. März: Ruth, 1 Jahr 9 Monate, 16 Tage alt, Vater Franz Gültel, Fabrikarbeiter. — 28. März: Luise Klein, 74 Jahre alt, Witwe geb. Kneuwiler (Schweizerin), Josef Michal, 67 Jahre alt, Ehemann, Maschinenarbeiter. Beerdigung am 31. März, 14 Uhr, Zemaard, 5 Tage alt, Vater Georg Dirlsch, Fuhrmann, Werner, 7 Monate alt, Vater Jakob Stringer, Hilfsarbeiter (Kande). — 29. März: Kunigunde Braundorfer, 69 Jahre alt, Witwe geb. Schlicher (Kande), Anna Eipel, 25 Jahre alt, Ehefrau von Hans Eipel, Metzger-Angehöriger. Beerdigung am 1. April, 14 Uhr, Karoline Schaal, 88 Jahre alt, Ehefrau von Gottlieb Schaal, Schneidermeister. Beerdigung am 31. März, 15 Uhr, Berthold, 26 Tage alt, Vater Leopold Käfer, Kaufmann, Ursula Engler, 84 Jahre alt, Ehefrau von Jakob Engler, Schreiner. Beerdigung am 1. April, 11.30 Uhr, Magdalena Hofmann, 68 Jahre alt, Witwe geb. Scher. Beerdigung am 1. April, 13.30 Uhr, Karl Dine Doms, 67 Jahre alt, Ehefrau von Eugen Doms, Reichsbahnoberinspektör. Beerdigung am 31. März, 14.30 Uhr, Karl Werner, 70 Jahre alt, Ehemann, Kaufmann. Beerdigung am 31. März, 15.30 Uhr. — 30. März: Antonie Kaiser, 21 Jahre alt, Ehefrau von Otto Kaiser, Kantbeamter. Beerdigung am 1. April, 15 Uhr.

Veranstaltungen

Dienstag, den 31. März 1931:
Badisches Landesorchester: Carmen, 20 Uhr.
Colosseum-Theater: Abschiedsvorstellung Le Chic de Paris mit Mauer- mont, 20 Uhr.
Badische Pilsener: Dona Quana, Das indische Burgenland, 20.30 Uhr.
Hilfsverein: Kleintiermarkt im Urwald.
Garten-Ballet: Zwei Reislöcher.
Kammer-Orchestra: Die Zentnerin über Frau, Die Spionin.
Badisch-Badischer: Richard Tauber: Das todende Ziel.
Reichsbahn-Orchestra: Richard Tauber, Richard Tauber.
Schauhaus: O alte Burgendämmerung! Wald im Urwald.
Union-Theater: Alte Zeiten Edelweiß.
Badische Landesorchester: Kleintiermarkt, 10-13 und 15-21 Uhr.
Schiedersgericht: Sirtus Holzschüller, 20.10 Uhr morgens, Pflanzhaus, Abends 8 Uhr, Vorkellerei.
Kaffeehaus: Operetten- und Scherzabende, 20.30 Uhr.

Nur 3 Tage, jeweils 4⁰⁰ 6¹⁵ 8³⁰

Richard Tauber

im PA-LI

Den vielen Nachfragen von Freunden und Verehrern der göttlichen Kunst Taubers gerecht zu werden, haben wir uns entschlossen, während der Karwoche den besten der bisherigen Tauberfilme **Das lockende Ziel** bis einschl. Gründonnerstag zu zeigen!

Palast-Lichtspiele Herrenstraße 11
Telephon 2562

Badisches Landes-Theater
Dienstag, 31. März
E 20
Th.-Gem. 801-900

Carmen

Oper von Bizet
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Hans
Kleinwiesing: Klant,
Fischbach, Habertern,
Winter,
Blantenborn a. G.,
Kosbach, Kainbach,
Kiefer, Scher, Cerner,
Kleinbusch
Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr
Preise C (1.00-7.00) 4
728

Wi 1. 4. Der Mann,
den sein Weibchen trieb
So 2. 4. Das Reich
Gottes in Döhmen.
Fr. 3. 4. Keine Vor-
stellung. So 4. 4. Das
Reich Gottes in Döhmen
So 5. 4. Kavaliar im
Kongresshaus: Keine
Frau, das Fräulein.
Sa. 6. 4. Kavaliar.
Im Kongressh.: Keine
Frau, das Fräulein.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

Abschieds-Vorstellung

der großen Pariser Revue
Le Chic de Paris
Ab Samstag, den 4. April, 8 Uhr
Gastspiel
der beliebtesten Kölner Komiker
Schmitz-Weißweiler
mit ihrem Ensemble 2684

Atlantik-Lichtspiele

Kaisersr. 5 (am Durlacher Tor)
Nur heute u. morgen Mittwoch
läuft der größte und gewaltigste
aller Dschungelfilme

Elefantenjagd im Urwald

(Chang) Kampf gegen Tiger, Leopard,
den, Schlangen und 800 Elefanten
Mittwoch nachm. 2¹ Uhr

Extra-Kindervorstellung

Kinder 30 Pfg., Erwachsene 50 Pfg.
Jugendliche haben Zutritt

Kaffee Bauer

Heute Dienstag 20.30 Uhr

Operetten- und Schlager-Abend

der Kapelle 2688

Franz Osenegg

Bretter, Rahmen, Latten
Fußbodenriemen, Pfähle usw.
Sperrholz
empfiehlt billigst 2693

Karl Nathan, Holzhandlung
Kaisersr. u. h. a. Schlachthausstraße Nr. 19
hinter Gottesauer Kaserne

Frische

Eier

10 Stück 75
10 Stück 88
10 Stück 1.05

Eierfarben

bei 2692

BUCHERER

in sämtlichen Filialen
5 Prozent Rabatt

Müllabfuhr.

Am Karfreitag und
Eichermontag wird kein
Müll abgeholt. Die be-
treffenden Bezirke wer-
den jedoch am darauf-
folgenden Tage bedient.
Karlsruhe, 31. März 31.
797 Stadt, Tiefbauamt

Gut erhaltene
Schreibmaschine
im Preis von 51-60,4
zu kaufen gesucht. Ang.
unter 377 an das
Volksfreundbüro.

Feud., Zwofing-
Schere-Mingler
verleibt von
Franshede, Gartenstr. 7

Patentrost gebr. gut
erhalten.
Nr. 182x0.88 cm zu
kaufen gesucht. Zu er-
fragen Rheinstr. 10 III.

Der beste Schutz geg. Grippe u. Schnupfen ist
Künzler's AKA-FLUID
der große Wohltäter der Menschheit.
Machen Sie einen Versuch. Einige Tropfen auf
das Taschentuch genügen. (Keines Naturprodukt)
Zu haben in Apotheken, Drogerien und Reform-
häusern. Z. Pflügel, Karlsruhe, Adlerstraße,
König, biologisches Laboratorium, Karlsruhe.

Für das Frühjahr

das aussergewöhnlich billige Angebot



3,95



2,95



6,90



8,95

Fesche Flizkappe 2.50
mit Cellophangarnierung

Flotte große Blocke 4.80
aus buntem, modern. Strobgewebe mit Bandgarnierung

Kleidsam. Frauenhut 6.50
Florina, mit durchbrochenem Bordenrand, flotte Garnierung

Elegante Blocke 9.50
Fantasiegewebe, mit sparter Bandgarnierung

Billiges Oster-Angebot in Damenhaaren

in allen Moderten und Leder-Arten auf Tischen angelegt zum Ausprobieren

Serie I II III IV V
1.90 2.90 3.90 4.90 5.90

KNOPE

Gerade jetzt

liegen die Preise für schöne Frühjahrs
Mäntel und Kleider besonders günstig

Mäntel Diagonal engl. Stoffe, ganz auf Futter gearbeitet
35.00 22.00 14.75

Mäntel Georgette und Fleur de laine, modernste Formen mit Sommerpelz in mode, blau, n'blau, beige, rot
39.00 25.00 19.75

Mäntel Trenchcoat, beige, rot n'blau, marine
15.75 10.75 7.90

Große Auswahl in Kinderkonfektion in allen Preislagen

Kleider aus modernen Wolstofften uni und kleine Muster mit Glocken und Faltenröcke
19.75 11.75 5.90

Kleider aus modischen kunstseid. und Kunstseide mit Wolle gemischten Geweben in den neuen Farben, jugendliche Machart
33.00 25.00 17.75

Kleider in Wolle u. Seidengeorgette uni u. gemustert, elegante Verarbeitung
65.00 35.00 19.75



SCHNEIDER

Kaisersstraße 95 / Werderplatz / Mühlburg

Versteigerungen Gaggenuer Anzeigen

1. Mittwoch, 10 Uhr, Weg. Aug. d. Dauschalls
Hirschstraße 72 (Hirschbrücke)
4 Betten, 3 Waschtommoden, 2 Spiegelkränze,
1 Kleiderschrank, 3 Nachttische, Diplomat-
schreibtisch mit Stahl, Anstich- und Zimmer-
tisch, Verticell, Sofa, Bücherschrank, Küchens-
schrank, kleiner Tisch, Truhe, Regentisch, Vor-
hänge, Zähler, Zinnober, ganze Zimmerbeleug.,
electr. Lampen usw. Versteigerung 1/2 20 Uhr.
2 am gleich. Tage, nachm. 1/2 2 Uhr, Weg. Aug. d.
Kaisersstraße 100 III
Schrank, Wanduhr, Kommode, Blaudruck,
Beit mit Hartmatr., Stige- und Schattellstuhl,
Teiler, Sordänge, Sofa, Rippstuh., Gastrat usw.
Koch, Gessert, 18, Tel. 2739

Schlagraum- und Brennholzversteigerung betr.
Die Stadtgemeinde Gaggenuer verleiht am Mittwoch, den 1. April ds. Js., nachm. um 2 Uhr, im Gemeindegewald links der Murg 30 Acre Schlagraum und ca. 20 Ster eichenes, buches und tannes Scheiter- und Brühlbrennholz. Zusammenkunft an der Murgbrücke. Gaggenuer, den 30. März 1931. 736
Der Bürgermeister
A. K. Fritz

Prüfung der Feuerarmirene.
Gemäß den früheren Bestimmungen wird jeden 1. des Monats, morgens 8 Uhr, die Feuerarmirene zum Zwecke der Prüfung in Funktion gesetzt. Die Durchführung erfolgt somit am Mittwoch, den 1. April 1931, morgens um 8 Uhr. Gaggenuer, den 30. März 1931.
Der Bürgermeister
A. K. Fritz

Frühjahrsmantel.
Ist neu, 4 15, abzugeben. Zu erf. un. Nr. 2682 im Volksfreundbüro.

Wegen Veränderung zu verkaufen: Beschüss. Justizamtgebäude u. Zinnac Mühlburg, Mühlstr. 1a bei Haus. 4654

Zwangs-Versteigerung.

II VT 15/31.
Im Zwangswege veräußert das Notariat II Karlsruhe am
Montag, den 1. Juni 1931,
nachmittags 3 Uhr,
in seinen Diensträumen in Karlsruhe,
Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 14
das Grundstück der Wilhelm Fiedersheim,
Gärtner in Karlsruhe, auf Gemarfuna
Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 19.
März 1931 im Grundbuch vermerkt.
Die Sachverhalte über das Grundstück
samt Schätzung kann jedermann einsehen.
Rechte, die am 19. März 1931 im Grund-
buch noch nicht eingetragen waren,
sind spätestens in der Versteigerung vor
der Aufforderung zum Bieten anzumelden
und bei Widerpruch des Gläubigers
anlässlich zu machen; sonst werden sie im
angelegten Gebot nicht und bei der Er-
lösparteilung erst nach dem Anpruch des
Gläubigers und nach den übrigen Rechten
berücksichtigt. Wer ein Recht gegen
die Versteigerung hat, muß das Verstei-
gungseinhalten anfechten; sonst tritt für
das Recht der Versteigerungserlöse an die
Stelle des veräußerten Gegenstands.
Grundstückskennzeichen:
Grundbuch Karlsruhe, Band 83, Heft 9;
Geb. Nr. 1637; 1 a 29 am Dreiteile -
Waldhornstraße 27.
Hierauf liegt
a) ein zweifelhaftes Wohnhaus mit ge-
wöhnlichem Keller,
b) ein einseitiger Querbau mit Wert-
stätte im Hof links,
c) ein zweifelhafter Küchenanbau an a.
Schätzungswert:
ohne Zubehör . . . 21 000 RM.
mit Zubehör . . . 21 000 RM.
Karlsruhe, den 28. März 1931. 731
Badisches Notariat II
als Vollstreckungsamt

4 ZK 2/31. Ueber das Vermögen der
Jean Erna Maltheis, Kolonialwaren in
Karlsruhe, Marienstr. 9, wurde heute
vorm. 10 Uhr das Versteigerungsverfahren zur
Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur
Versteigerung wurde Rechtsanwalt
Dr. Rud. Krauß, Karlsruhe, Kaiser-
straße 114, bestellt. Der Schuldnerin
wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B.D. all-
gemein verboten, über ihr Vermögen
ohne Zustimmung der Vertrauensperson
zu verfügen. Der Antrag auf Eröffnung
des Versteigerungsverfahrens nebst Anlagen
und das Ergebnis der Ermittlungen
wird auf der Geschäftsstelle, Zimmer 140,
zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Termin zur Verhandlung wird bestimmt auf: Frei-
tag, den 24. April 1931, nachmittags 4
Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe,
Kademeistrasse Nr. 8, 2. Stock, Zimmer
150, Karlsruhe, den 28. März 1931. Ge-
schäftsstelle des Amtsgerichts A. 4. 730

Arbeiter!

Berücksichtigt bei Euren
Einkäufen stets die In-
teressen dieser Arbeiter!